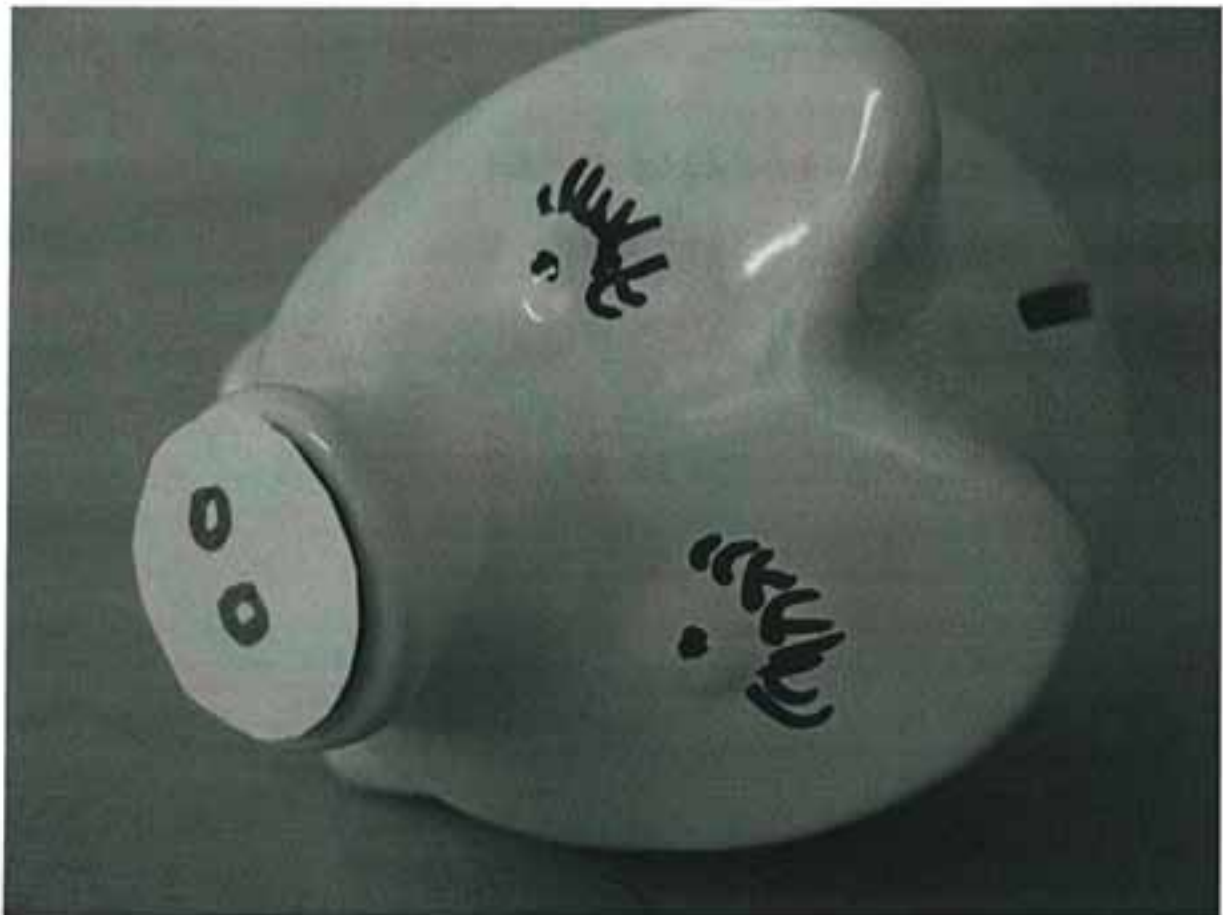


GELDNOT MACHT ERFINDERISCH



Die Kunst des Machbaren im
Rathaus und in der Lokalredaktion



Modellseminar 1/2004

1. bis 5. März 2004
Potsdam

IMPRESSUM

Veranstalter

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Berthold L. Flöper
Fachbereich Programme
für besondere Zielgruppen/
Journalistenprogramm
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Telefon (0 18 88) 5 15-5 58
Telefax (0 18 88) 5 15-5 86
E-Mail floeper@bpb.de

Tagungsorganisation

Gabriele Prues (bpb)
Telefon (0 18 88) 5 15-5 55
Telefax (0 18 88) 5 15-5 86
E-Mail prues@bpb.de

Scout vor Ort

Sandra Schmid (bpb)
Telefon (0 18 88) 5 15-5 60
Telefax (0 18 88) 5 15-5 86
E-Mail schmid@bpb.de

Seminarleitung

Jürgen Haar
Sindelfinger Zeitung/ Böblinger Zeitung
Sindelfingen
juergen.haar@szbz.de

Sabine Schicke
Nordwest-Zeitung
Oldenburg
sabine.schicke@nordwest-zeitung.de

Modellseminar-Team

Joachim Braun
Tölzer Kurier
Bad Tölz
Joachim.braun@merkur-online.de

Ingvil Schirling
Lausitzer Rundschau
Lübben
i.schirling@lr-online.de

Holger Knöferl
Pforzheimer Zeitung
Pforzheim
region@pz-news.de

Gerlinde Sommer
Thüringische Landeszeitung
Weimar
g.sommer@tlz.de

Journalisten-Reader und Fotos

Robert Domes
freier Journalist
Kaufbeuren
Telefon (08341) 90 89 12
Telefax (08341) 90 89 12
E-Mail robert.domes@t-online.de

Tagungsstätte

Kongresszentrum am Templiner See
(Ostdeutsche Sparkassenakademie)
Am Luftschiffhafen 1
14471 Potsdam
Telefon (03 31) 9 07 66 69 00 0
Telefax (03 31) 9 07 66 69 01 0
E-Mail heinz.schulze@osgv.de

INHALT

	Seite
„Wir haben keine guten Umgangsformen mit der älteren Generation“	
Ernst Pöppel:	
Was ein Hirnforscher zum Menschenbild, Bildung, Forschung und Geldnot zu sagen hat	4
Statt lebenswerter Städte katastrophale Zustände	
Gerd Landsberg: Der Städte- und Gemeindebund warnt vor dem Verfall der Kommunen	7
Leer stehende Häuser, verödete Innenstädte, kinderlose Gesellschaft	
Kerstin Schmidt: Laut Bertelsmann-Stiftung tun die Kommunen zu wenig für Kinder	10
„Agieren hat mehr Sexappeal als Lamentieren“	
Stephan Märkl: Die Rettung des Weimarer Nationaltheaters könnte ein Modell für viele sein	12
Tricksen, Schieben, Steuern sparen	
Andreas Beese: Was Kommunen tun, um ihren Haushalt aufzubessern oder zu frisieren	15
Einfach fragen und anders hinschauen	
Heike Groll: Tipps aus der Drehscheibe für eine buntere Haushaltsberichterstattung	18
Vom Wirtschaftswunderland zum Wirtschaftskummerland	
Rolf Böhme: Wie sich Kommunen trotz neuer Aufgaben und weniger Geld helfen können	19
Große Serie und kleine Scoops	
Susanne Leimstoll / Lothar Mahrle: Werkstattberichte aus der Praxis	21
Arbeitsgruppe 1	
Den Finger in die Wunde legen	22
Arbeitsgruppe 2	
Leere Kassen – volle Altersheim	24
Arbeitsgruppe 3	
Ruhe auf den billigen Plätzen	27
Arbeitsgruppe 4	
Bürgerengagement und Ehrenamt	30
Anhang	32

REFERATE

Prof. Dr. Ernst Pöppel

"Wir haben keine guten Umgangsformen mit der älteren Generation"

Was ein Hirnforscher zum Menschenbild und Bildung, Forschung und Geldnot, zum alten Eisen und Verona Feldbusch zu sagen hat

Was für ein Menschenbild hat unsere Gesellschaft? Wie und warum lernen wir? Und wie gehen wir und der Staat mit den geistigen Ressourcen um? Ein Hirnforscher, der etwas zum Thema "Geldnot macht erfinderisch" erzählt? Warum nicht. Ernst Pöppel, genauer gesagt Professor Dr. Ernst Pöppel, ist einer der renommiertesten Hirnforscher weltweit. Der Mediziner und Psychologe sorgte mit seinen ungewöhnlichen Fragen und Antworten für neue Blickwinkel. Und nebenbei erzählte er auch noch, warum er Verona Feldbusch für eine intelligente Frau hält.



Der 63-Jährige ist ein launiger Erzähler, wie er beim Kaminesgespräch im Geldnot-Seminar den Lokaljournalisten bewies. Doch bei manchen Themen vergeht ihm die Laune. Zum Beispiel, wenn es um das Menschenbild in unserer Gesellschaft geht. "Wir haben keine guten Umgangsformen mit der älteren Generation", sagt er und drückt damit seine Kritik noch diplomatisch aus. Wir sind Steuerzahler, Kostenfaktor im Gesundheitssystem, Konsument, Wähler, wir sind ein Kindergarten- oder ein Arbeitsplatz, am Ende ein Platz im Altersheim. Für den Hirnforscher ist das zum Haare-Raufen: "Wir sind nicht mehr Menschen, sondern Elemente in einem System, die zu funktionieren haben." Pöppel nennt das die Instrumentalisierung des Menschen. Und wer nicht mehr voll

funktioniert, wird zum alten Eisen geworfen. "Es ist eine Katastrophe zu glauben, ab 55 sind die Menschen nicht mehr zu gebrauchen, das ist ein Wegwerfen von Wissen."

Pöppel weiß, wovon er spricht. Er leitet das "Generation Research Program", ein Institut in Bad Tölz, das sich mit Altersforschung und demografischem Wandel der Gesellschaft befasst.

Mittel gegen Alzheimer: Jeden Tag ein Gedicht lernen

Das fängt schon bei der Kindheit an. Pöppel unterteilt fünf Altersphasen: Bis 10 Jahre steht die Informationsverarbeitung im

Vordergrund. In dieser Zeit entwickelt sich unser Gehirn. Die Matrix, nach der wir später leben und lernen, wird festgelegt. Wer in dieser Zeit drei Sprachen lernt, hat diese Kompetenz fürs Leben angelegt. Und schon im Kindesalter kann man gegen die Alzheimersche Krankheit vorsorgen: "Die beste Vorsorge gegen Alzheimer ist das Gehirn zu benutzen. Das ist dann für die nächsten 80 Jahre wichtig." Wie? Pöppel rät zu sinnvollen Reizen: "Lernen Sie jeden Tag ein Gedicht auswendig, dann sind Sie bestens gerüstet."

In der zweiten Lebensphase folgt die Ausbildung, dann die berufliche Laufbahn. Nur diese Zeit bleibt für Vorsorge und Finanzierung der anderen Phasen, besonders des Alters. Mit etwa 60 Jahren beginnt Phase vier, in der sich für die meisten Menschen die Frage nach dem Sinn des Lebens stellt. Dabei, bemängelt der Professor, werden die Menschen zumeist allein gelassen. "Die Sinninstanzen unserer Gesellschaft, etwa Kirchen und Glaubensgemeinschaften, versagen total." Nicht zuletzt deshalb kämen wöchentlich neue Religionen auf den Sinnsuche-Markt. Nach dieser Phase, die etwa 10 bis 15 Jahre dauert, folgt "die Phase der Weisheit".

Was der Gesellschaft fehlt, ist das Vertrauen

Doch ausgerechnet die letzten beiden Phasen, in denen die Menschen Wissen, Erfahrung angesammelt und dazu Zeit und auch Lust haben, etwas für die Gemeinschaft zu tun, werden von der Gesellschaft ausgeklammert. "Das Hauptproblem ist, Sinn im Leben zu schaffen für die über 60-Jährigen, dafür müssen wir Strukturen schaffen." Denn Lust und Unlust seien die wichtigsten Motive zu handeln und etwas zu erleben zu können, "die Hauptkoordinaten der Existenz überhaupt". Wenn die Gesellschaft das nicht erkenne, verschenke sie ein riesiges Potential: "Was uns fehlt, ist Vertrauen, in

uns selbst, den anderen gegenüber und in die 50-plus-Generation."

Pöppel ist nicht nur Hirnforscher, sondern auch Philosoph. Aber im Gegensatz zu anderen Wissenschaftlern verlässt er den Elfenbeinturm und spricht die Themen und Mängel, die er sieht, offen an. Das reicht von der Bildungspolitik bis zur Grundlagenforschung, vom Arbeitsmarkt bis zur Technik-Kritik.

Die "Jauch-Ideologie": Anhäufung von möglichst viel banalem Wissen

Zum Beispiel Bildung: "Wir brauchen völlig andere Erziehungsprogramm, weil wir in Schulen und Universitäten nur die rationale Seite unseres Gehirn ansprechen." Nur an die Vernunft zu glauben, sei falsch. Man könne den Menschen und das Wissen nie zu 100 Prozent erklären. „Jeder Mensch ist ein singuläres Ereignis im Weltall und niemand ist mit sich selbst identisch, wir sind in jedem Augenblick ein anderer.“

Das Anhäufen von möglichst viel banalem Wissen nennt Pöppel provokant die "Jauch-Ideologie". Dabei werde völlig außer acht gelassen, dass der Mensch auch ein körperliches Wissen, ein Handlungswissen, ein bildliches Identitätswissen besitze. "Kinder müssen nicht nur lesen können, sondern auch sprechen, schreiben und kreatives aktives Zuhören; gerade letzteres verkümmert."

Zum Beispiel Technik: Pöppel beklagt, dass viele Maschinen für die Menschen, besonders für Ältere, kaum mehr nutzbar sind. Ob Handys, Computer oder moderne Autos – sie sind viel zu kompliziert. Der Mensch arbeite nach dem Prinzip der Anstrengungslosigkeit: Jeder Vorgang, jede Tätigkeit soll so einfach wie möglich gehen. Deshalb fordert der Wissenschaftler, Maschinen müssen wieder nutzbar werden, vor allem für die 50-plus-Generation. Es sei

wichtig, Produkte zu entwickeln, die die Informationsaufnahme und die Bedienung erleichtern.

Zum Beispiel Forschung: "Revolutionäre Entdeckungen werden fast immer in der Grundlagenforschung gemacht." Gerade dort werde aber gespart. Deshalb versucht Pöppel Wissenschaft und Industrie zu verknüpfen. Denn in den Labors werde die Anwendung der Forschung häufig nicht erkannt, das sei auch nicht die Aufgabe der Wissenschaft. Aber die der Industrie. Deshalb müsse der Dialog der beiden Seiten gefördert werden.

In der Forschung gehe es für Deutschland schon längst um nicht mehr um einen Platz an der Weltspitze, sondern darum, den Anschluss zu halten. "Wenn wir heute beschließen, Deutschland soll wissenschaftlich auf das Niveau von Skandinavien oder England, Japan oder den USA kommen, dann sind wir frühestens in 25 Jahren soweit."

Der Professor und Frau Doktor Feldbusch

Ach ja, und da ist noch die Geschichte mit Verona Feldbusch: Pöppel war zusammen mit ihr auf einer PR-Veranstaltung zur Darmkrebs-Vorsorge vor die Presse getreten und fand Gefallen an der schillernden Frau. Am Ende redete er sie sogar mit Frau Doktor Feldbusch an, was ihm teilweise hämische Kommentare einbrachte. Pöppel schmunzelte über die Geschichte, doch unbestritten sei die Feldbusch sehr intelligent. Und die Geschichte hatte für ihn einen wichtigen Aspekt, den die Öffentlichkeit nicht beachtet hatte: "Die Aktion hat Hunderten von Menschen das Leben gerettet. Weil dadurch sehr viele zur Voruntersuchung gingen und bereits in einem frühen Stadium operiert wurden."

Professor Dr. Ernst Pöppel wurde 1940 in Schwerin/ Pommern geboren. Er studierte Psychologie und Zoophysiology in Freiburg, München und Innsbruck. 1974 folgte die Promotion zum Dr. phil. in Psychologie, 1974 die Habilitation für Sinnesphysiologie, 1976 für Psychologie. Während seiner akademischen Ausbildung war er im Max-Planck-Institut und am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge.

Pöppel war Mitglied des Vorstands im Forschungszentrum Jülich und ist jetzt Geschäftsführender Vorstand des Humanwissenschaftlichen Zentrums der Ludwig-Maximilian-Universität München sowie seit 2000 Leiter des „Generation Research Program“ in Bad Tölz. Er schrieb zahlreiche Bücher und wurde mit einer Reihe von akademischen Auszeichnungen bedacht. Seit vielen Jahren ist Pöppel auch Gastprofessor an der Peking University in China.

REFERATE

Gerd Landsberg

Statt lebenswerter Städte katastrophale Zustände

Städte- und Gemeindebund: Nur eine Umverteilung der Finanzen von oben nach unten kann den Verfall der Kommunen aufhalten

Es ist eigentlich ganz einfach: "Die Bürger wollen leistungsfähige Städte und Gemeinden, in denen sie gerne leben." Dieses Ziel des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, das Dr. Gerd Landsberg, geschäftsführendes Präsidialmitglied, formuliert, würde wohl jeder Politiker unterschreiben. Wer will nicht gut ausgestattete Schulen, sichere Wege und Plätze und ein solides Sozialsystem. Doch von diesem Ziel sind viele Städte weit weg. Und sie können, so Landsberg, nicht einmal etwas dafür.

"Die Lage der Kommunen ist nicht angespannt, sie ist auch nicht dramatisch, sie ist einfach schlicht katastrophal. Damit ist letztlich nicht nur die Frage nach der Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch die Frage nach der Zukunft unseres Gesellschaftsmodells gestellt," sagt Gerd Landsberg. Wenn Städte in großem Umfang ihre Personalkosten über Kredite finanzieren, wenn selbst einfache freiwillige Leistungen für die Büchereien, Mütterberatung und Suchtbetreuung, Jugendarbeit und Vereinsförderung immer mehr ausgedünnt werden müssen, werde das die Entfremdung der Menschen von der Politik und vom Staat noch weiter beschleunigen.

Handlungsspielraum fehlt komplett

Die Fakten: Die Städte und Gemeinden befinden sich in der schwersten Finanzkrise

seit Gründung der Bundesrepublik. Nach jüngsten Haushaltsschätzungen haben die Gemeinden im Jahr 2003 rund fünf Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen zur Verfügung als im Jahr 2000. Ihnen fehlt der Handlungsspielraum. Das Potential für weitere Ausgabenkürzungen ist vielerorts erschöpft. Insgesamt beläuft sich der Schuldenberg von Bund, Ländern und Gemeinden auf mehr als 1.200 Milliarden Euro. Dabei sind die Kassenkredite der Kommunen noch gar nicht eingerechnet.



Landsberg sieht durch die jüngsten Reformbeschlüsse auch keine Lösung. Zwar sei die Senkung der Gewerbesteuerumlage "ein wichtiges Hoffnungssignal", aber kein dauerhafter Ersatz für die grundlegende Gemeindefinanzreform. Die Kämmerer werden 2004 dadurch knapp 2,3 Milliarden Euro und im Jahr 2005 3 Milliarden Euro mehr in der Kasse haben. Doch die wesentlichen Strukturschwächen der Gewerbesteuer und der kommunalen Finanzausstattung seien damit nicht gelöst.

Landsberg fordert deshalb: "Wir brauchen eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen wirklich verdient." Jedoch hat Landsberg wenig Hoffnung, dass eine Gewerbesteuer, wie sie die Kommunen wünschen, durchsetzbar ist: "Wer das Wort 'neue Steuer' in den Mund nimmt, ist politisch tot." Vor allem müsse das Steuerrecht in Deutschland vereinfacht werden, "aber nicht so, wie es sich einige Politiker vorstellen, nämlich auf dem Bierdeckel."

Niemand will mehr Bürgermeister werden

Wie dramatisch die Lage ist, sieht der Geschäftsführer auch in der jüngsten Shell-Studie bestätigt, wonach mehr als 30 Prozent der Jugendlichen sich nicht mehr für Politik interessieren. Wer dem etwas entgegenstellen will, brauche bessere Jugendarbeit, bessere Schulen, lebenswertere Städte und Gemeinden. Die Realität, so Landsberg, sieht anders aus: "Unsere Schulen, Wege und Plätze verfallen, während die großen Unternehmen gute Gewinne erwirtschaften und ihre Gewerbesteuer mit Verlusten im Ausland verrechnen." In manchen Gemeinden fänden sich kaum noch Kandidaten, die bereit sind, das Bürgermeisteramt zu übernehmen, weil es keinerlei Spielräume mehr gibt, um kommunalpolitisch zu wirken.



Das müsse sich schnell ändern. Der Städte- und Gemeindebund fordert deshalb eine Umverteilung der staatlichen Einnahmen, von oben, also vom Bund, aber auch von den Ländern zugunsten der Kommunen. Die Politik müsse endlich aufhören, den Bürgern zu vermitteln, mit immer weniger Steuern könnten immer bessere staatliche Leistungen erbracht werden. Stattdessen müsse man den Menschen bewusst machen, "dass weniger manchmal mehr ist". Dazu gehöre auch die Ehrlichkeit, dass das Sozial- und Finanzsystem ohne grundlegende Reformen kollabieren wird.

Landsberg gibt zu: "Wir haben ein Problem mit der Transparenz." Es sei unerlässlich, die Menschen darüber aufzuklären, was mit ihrem Geld geschieht. Vieles werde jedoch zu abstrakt diskutiert, das sei auch ein Grund für Politikverdrossenheit. Landsberg fordert: "Man sollte die Aktenschränke öffnen und den Bürgern darlegen, wo die Defizite und die Möglichkeiten sind." Diese Aufklärung gehöre ebenso zu einer Leitbild Diskussion einer Kommune wie die Themen Arbeit und Wirtschaft, Sicherheit und die demografische Entwicklung. "Sie dürfen zum Beispiel heute keinen Kindergarten mehr bauen, wenn Sie ihn nicht später in ein Altenheim umbauen können."

Um lebenswerte Städte und Gemeinden zu erhalten, müsse man die steigenden Soziallasten der Kommunen drastisch reduzieren. 2003 werden die Kommunen 29,5 Mrd. Euro nur für soziale Leistungen ausgeben. Damit übersteigen die Soziallasten die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um über 10 Mrd. Euro.

Einsparung versprochen, aber nicht erreicht

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Gleichzeitig fordert er, die sozialen Leistungen ausnahmslos zu pauschalisieren, um die

Bürokratie zu reduzieren. Allerdings müssten die Hartz IV-Gesetze deutlich zu Gunsten der Kommunen nachgebessert werden. Regierung und Opposition haben den Kommunen bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ein Einsparvolumen von 2,5 Milliarden Euro zugesagt. Dieser Betrag blieb deutlich hinter der Forderung des DStGB zurück, der eine Entlastung in Höhe von 5 Milliarden Euro eingefordert hatte.



Wer die Kommunen immer weiter „ausweidet“, könne nicht erwarten, dass diese in der Lage sein könnten, zusätzliche gemeinnützige Beschäftigung zu schaffen, um so Arbeitslosen eine Perspektive aufzuzeigen. Auch das derzeit diskutierte Optionsmodell, wonach Kreise und kreisfreie Städte im Einzelfall die gesamte Verantwortung für die Arbeitslosen übernehmen können, werde mit Sicherheit scheitern, wenn wieder nach dem Grundsatz verfahren wird „der Bund verspricht Gutes und die Kommunen zahlen“. Auch hier fordert der Geschäftsführer einen vollständigen Ausgleich.

Bessere Ausstattung anstatt Sonntagsreden

Landsberg nennt die Politik unglaublich, wenn sie das zugesagte Einsparvolumen

(2,5 Milliarden Euro) nicht einhält, andererseits aber erwartet, dass die Kommunen mit den nicht vorhandenen Mitteln eine flächendeckende Ganztagsbetreuung von Kindern aufbauen. Landsberg: „Bessere Berufschancen für junge Mütter und eine Verbesserung der Kinderbetreuung erreichen wir nicht durch politische Sonntagsreden, sondern nur durch eine dauerhafte bessere Finanzausstattung der Kommunen.“

Der Geschäftsführer sieht aber auch Fehlentwicklungen auf der eigenen Seite. „Ich glaube, dass der Politik die Eliten fehlen.“ Landsberg befürwortet eine Trennung von Verwaltungschef und Bürgermeisteramt, meint aber gleichzeitig, die Entwicklung sei unumkehrbar. Auch sieht er es sehr kritisch, dass immer weniger Freiberufler in den Räten sitzen. Das sei oft schlicht eine Zeitfrage: „Wer kann schon immer um 16 Uhr in der Ratssitzung sein.“ Und nach wie vor säßen die Ämter auf ihren Zuständigkeiten und Pfründen. „Wozu brauchen Sie in Deutschland 353 Zulassungsstellen? Das ist doch immer der gleiche Vorgang.“ Deshalb müsse es zu viel mehr Kooperationen der Kommunen kommen. Die Geldnot werde das erzwingen.

Dr. Gerd Landsberg
ist Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Städte- und
Gemeindebundes

REFERATE

Kerstin Schmidt

Leer stehende Häuser, verödete Innenstädte, kinderlose Gesellschaft

Bertelsmann-Stiftung: Kommunen sind wenig kinderfreundlich

Leere Kindergärten und Schulen, Wettbewerb um Einwohner, leer stehende Häuser, Arbeitskräftemangel: Bei der Bevölkerungsentwicklung in den Städten und Kreisen ist noch längst keine Wende in Sicht. Rückläufige Geburtenzahlen und ein steigender Anteil älterer Menschen werden wohl ganze Städte und Landstriche gravierend verändern. Eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung in zwölf ausgewählten Kommunen zeigt, dass nur in einer Minderheit der Haushalte Kinder leben. Zwischen 24,5 Prozent (in Dortmund) und 48,9 Prozent (im Kreis Diepholz) beträgt der Anteil der Haushalte mit Kindern, so Kerstin Schmidt, Leiterin des Kompass-Projektes der Bertelsmann Stiftung.

Besonders in den Städten sinkt die Bevölkerung stetig. Der Anteil der 0 bis 6-Jährigen geht bis zum Jahr 2015 voraussichtlich um über 20 Prozent zurück, teilweise verlieren die Kommunen ein Viertel der Kinder. „Das kann dazu führen, dass bald jede vierte Grundschule geschlossen werden muss“, so Kerstin Schmidt. Bei den über 80-Jährigen dagegen steigt bis 2015 der Anteil an der Bevölkerung um 30 bis 60 Prozent. Damit werden auch etwa doppelt so viele Altenwohn- und Pflegeplätze gefragt sein. Im Vergleich zu den 2001 von der Stiftung erhobenen Daten haben sich diese Trends weiter verschärft.



Fragt man nach den Ursachen für den Bevölkerungsschwund, so fällt auf, dass viele Kommunen wenig kinderfreundlich sind. Beispielsweise gibt es nur wenige Ganztags-Betreuungsplätze: In den Kreisen sind dies im Schnitt 7,7 und in den Städten 18,7 Plätze auf 100 Kinder.

Familienförderung: Vom Ausland lernen

„Die Verantwortlichen sollten Familienförderung stärker als Gesellschafts- und Beschäftigungspolitik begreifen“, fordert Kerstin Schmidt, „die Kommunen müssen den demographischen Wandel aktiv gestalten.“ Hier können sie viel vom Ausland lernen, beispielsweise von Frankreich oder skandinavischen Ländern: Diese haben mehr in Kinderbetreuung investiert und

verzeichnen gleichzeitig höhere Geburtenraten als Deutschland.

Die Stadt Dortmund zeigt an ihrem „Familienprojekt Dortmund“, dass auch in Deutschland in relativ kurzer Zeit viel bewegt werden kann. Im „Familienprojekt“ werden zu Beginn des kommenden Schuljahres bereits 1.600 Ganztagsbetreuungsplätze an 28 Grund- und Sonderschulen geschaffen. Eine familienfreundliche Stadt- und Wohnraumplanung soll Dortmund für junge Familien attraktiver machen. Darüber hinaus werden alleinerziehende Mütter und Väter unterstützt, Förder- und Bildungsangebote werden ausgebaut.

Die Untersuchung ist Teil des „Kompass“-Projektes der Bertelsmann Stiftung. Das Modell-Projekt misst seit drei Jahren die Lebensqualität in ausgesuchten Städten und Kreisen und versucht, diese in verschiedenen Politikfeldern zu verbessern.

Die Bertelsmann Stiftung versteht sich als Förderin des Wandels für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Sie will Reformen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit, Demokratie und Bürgergesellschaft sowie Internationale Verständigung voranbringen. Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete, gemeinnützige Einrichtung hält die Mehrheit der Kapitalanteile der Bertelsmann AG. In ihrer Projektarbeit ist die Stiftung unabhängig vom Unternehmen und parteipolitisch neutral.

Kerstin Schmidt ist Leiterin des Kompass-Projekts.

Kontakt:

Telefon: 0 52 41 / 81-81 183

Weitere Informationen unter:

www.kompass-modellkommunen.de

REFERATE

Stephan Märki

"Agieren hat einfach mehr Sexappeal als Lamentieren"

Die Rettung des Weimarer Nationaltheaters könnte ein Modell für viele sein

„Geldnot macht nur dann erfinderisch, wenn Spielraum zur Erfindung gegeben ist. Ist dieser nicht vorhanden, führt Not nur Frustration und Depression.“ Stephan Märki, Generalintendant des deutschen Nationaltheaters Weimar ließ sich in der Not nicht frustrieren. Als sein Theater in Weimarer Theater mit Erfurt fusioniert werden sollte, wehrten sich Bürger und Lokalzeitung, Schauspieler und Techniker. Märki brach aus den gewohnten Strukturen aus, schaffte die Rettung - und damit das Weimarer Modell. Hier Auszüge aus seinem Vortrag:

2001 gingen die Weimarer Bürger Woche für Woche auf die Strasse, um sich gegen das Vorhaben zu wehren, das Deutsche Nationaltheater Weimar mit dem Theater in Erfurt zu fusionieren. Damals schien das traditionsreiche Haus der Stadt Goethes und Schillers vor einer anscheinend ausweglosen Situation zu stehen, die auch auf alle Bühnen der Bundesrepublik zutrifft, einem strukturellen Engpass, der den Theaterbetrieb vielerorts lahm legt. Die Mitarbeiter der Technik und der Verwaltung, also die Struktur des Theaters, unterliegen dem Flächentarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Und jede Tarifierhöhung für den öffentlichen Dienst zehrt paradoxerweise am Budget für die Kunst.

2001 hatten die politischen Verantwortlichen uns eine gedeckelte Finanzierung von sechs Jahren versprochen, allerdings mit der Auflage, ein Konzept zum Erhalt des bestehenden Angebotes vorzulegen. Auf der Basis bestehender Flächentarife ein Ding der Unmöglichkeit. Darin lag Kalkül. Denn - eigentlich ging es darum, uns zur Fusion mit



Erfurt zu bewegen. Dies wurde auch vom Deutschen Bühnenverein als einzig gangbarer Weg gesehen.

Dagegen wehrte sich die Weimarer Bevölkerung mit großer Weitsicht: sie wünschten sich eben nicht einen halbierten Theaterbetrieb, in dem das Weimarer Nationaltheater letzten Endes zur einfachen Spielstätte wird, sondern ein lebendiges Haus am Theaterplatz. Die Entscheidung zur Fusion konnte nur gekippt werden, weil die Weimarer Bevölkerung Woche für Woche auf der Strasse für ihr Theater gekämpft hat. Auf der anderen Seite haben wir im DNT innerhalb des Möglichen fixe Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und mehr Eigenverantwortung gefordert.

Konkret bestanden wir darauf, eine Planungssicherheit auf sechs Jahren zu erhalten und als GmbH autonom über unsere Einkünfte und Ausgaben zu bestimmen, statt von den Regeln der Kameralistik eingeengt zu werden. Die Mitarbeiter des Hauses konnten wir davon

überzeugen, auf den Automatismus von Tarifsteigerungen zu verzichten und stattdessen, über einen „Ausgleichsfonds für entgangene Tarifsteigerungen“, am wirtschaftlichen Ergebnis des Theaters mitzuarbeiten und zu partizipieren. Nach langer und teils leidenschaftlicher Auseinandersetzung haben die Mitarbeiter ihre Gewerkschaften dazu gebracht, diese Reformen mit zu tragen.

Arbeitsplatzgarantie und den Kopf frei für Kunst

Nun haben wir eine finanzielle Planungssicherheit auf sechs Jahre und Tarifverträge bis 2008 sowie eine Klausel, die alle Seiten bindet, innerhalb von anderthalb Jahren eine Anschlusslösung zu finden. Dieses Modell bedeutet zum einen eine Arbeitsplatzgarantie. Und zum anderen erlaubt es uns am Theater, uns auf unsere inhaltliche, künstlerische Aufgabe zu konzentrieren, statt wie viele andere Bühnen in Deutschland, tagaus, tagein um die nächste Zuwendungskürzung zu fürchten.

Gegner unseres Modells stellen es dar, als bestünde es einzig aus Lohnverzicht. Ohne Verzicht aber, ohne die Wiederbelebung, der vom Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten etwas verschütteten Begriffe wie „Solidarität“ und „Eigenverantwortung“ ist heute kein Gewinn mehr möglich. Verzicht setzt Selbstreflexion voraus und folgt der Einsicht, dass man immer erst bei sich selbst beginnen muss, um etwas zu verändern. Das Weimarer Modell beruht also auf Eigenverantwortung, Flexibilität und Planbarkeit. Mit unserer wieder gewonnen Handlungsfähigkeit geht es nun darum, dieses Modell inhaltlich auszuarbeiten.

Das Nationaltheater Weimar ist kein Modell für ganz Deutschland; modellhaft ist nur der Prozess, der dazu führte, dass alle Beteiligten sich auf einen Konsens geeinigt haben, der in die Zukunft gerichtet ist. Alle Weimarer Akteure haben einen wichtigen Beitrag geleistet: die Mitarbeiter, die sich auf die Einkommenskürzung eingelassen haben, die Bürger der Stadt, die für das Theater auf die Strasse gegangen sind, die Lokalzeitungen, wie auch die überregionalen Medien, die diesen Prozess begleitet haben,

letztlich auch die Politiker, die angesichts dieser Priorisierung durch die Öffentlichkeit einem andersartigen Ansatz zugestimmt haben.

Dieses Modell kann auch für andere Bühnen zukunftsweisend sein, wenn es in seinem konzeptionellen Ansatz begriffen wird: Einbindung der Mitarbeiter in den Reformprozess und Unterstützung von Seiten der Zivilgesellschaft, der Bürger der Stadt. Dies geht nur, wenn sich viele zusammensetzen und kommunizieren. Wenn sich alle verabschieden von Gewünschtem und von zu Mechanismen gewordenen Gewohnheiten.

Auch darin liegt die „gesellschaftliche Relevanz“ des Theaters. Es geht ihm so, wie es uns allen geht. Immer dann, wenn der sichernde Kontext dazu führt, dass das Individuum oder die Kunst selbst in den Hintergrund gerät, ist es Zeit, aufzuwachen und genau hinzusehen. Denn eines ist sicher: unbeobachtet und ohne Eingriff „frisst Apparat immer Kunst“ (Claus Spahn) auf, oder der Staat das Individuum.

Mehr Fremdbestimmung, weniger Chancen

Die Spaltung, die das Theater an sich selber erlebt, und die ausgespielt werden durch die verschiedenen Interessen am Theater, durch ver.di, Bühnenverein, Orchester-Vorstände, Intendanten, etc. ist im tiefsten Sinne beispielhaft, ja paradigmatisch für die zeitgenössische Situation der Menschen. Immer mehr Fremdbestimmung verbunden mit dem Aufruf zu mehr Eigenverantwortung, immer mehr Verkürzungen der Lebenschancen, verbunden mit höheren Anforderungen an Kreativität und Selbstgestaltung. Das ist die Lebenswirklichkeit von Millionen Menschen ebenso wie von Hunderten von Theatern und ihren Mitarbeitern.

Die Theater sollten die Avantgarde in einem gesamtgesellschaftlichen Prozess sein. Sie sollten sich nicht als Opfer der Umstände fühlen, sondern als Herr ihrer eigenen Möglichkeiten. Das steht ihnen auch, macht sie attraktiver. Agieren hat einfach mehr Sexappeal als Lamentieren! Es muss die

kreative Gesellschaft sein, die aus dem Vorfindlichen ausbricht.

Wir müssen uns heute konstruktiv mit der Fragestellung auseinandersetzen: auf wie viel können, müssen wir verzichten, um das große Ganze zu erhalten? Und dafür müssen wir das ganze System erst mal radikal in Frage stellen, um im Ergebnis einen kleinen Schritt hin zu neuer Beweglichkeit zu erreichen. Oder mit Hermann Hesse gesagt: "Wer nicht täglich das Unmögliche versucht, wird das Mögliche nicht schaffen".

Künstler Hand in Hand mit Lokalredakteuren

Noch ein Wort zur Zusammenarbeit mit den Lokalzeitungen. Eigentlich stehen wir vor einer gemeinsamen Herausforderung: um unsere Existenz zu sichern, müssen wir für unser Publikum an unserem Standort unabhömmlich sein. Dazu ist es notwendiger denn je, die Lebenswelt unserer Leser und Zuschauer zu erweitern und zu bereichern, die Diskussionskultur zu fördern, und unsere Themen so zu wählen, dass unser Publikum sich darin wieder findet. Darüber hinaus stehen sowohl die Printmedien als auch das Theater vor der großen Herausforderung, unser Nachwuchspublikum zu schaffen. In diesen Punkten ergeben sich sicher spannende Schnittstellen für gemeinsame Überlegungen.

Die Künstler, die Theater, die Kreativen aller Berufsgruppen müssen in der Gesellschaft vorangehen und den gesellschaftlichen Prozess moderieren. Sie sind es, die Visionen und Ideen entwickeln, nicht die Verbände und Funktionäre. Hier sind auch die Lokalzeitungen gefragt – als Vermittler, Anreger, Förderer der Diskussionskultur. Und die Theater wiederum müssen den Politikern und dem Theater selbst vormachen, dass Kulturpolitik kein Luxus ist, auf den man verzichten kann, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit.

Stephan Märki

wurde 1955 in Bern geboren, besuchte in Basel die Schule und machte eine Ausbildung zum Fotografen und Werbeleiter. Ab 1975 Arbeit und Beteiligung an einer Werbe- und Presseagentur. Von 1980 bis 83 absolvierte er eine Schauspielausbildung in München, hatte danach verschiedene Engagements. 1985 gründete er das Teamtheater München, dessen Geschäftsführer und künstlerischer Leiter er war.

Von 1993 bis 97 übernahm er die Intendanz des Hans-Otto-Theaters in Potsdam, arbeitete danach als freier Regisseur. Seit 1999 hat Märki eine Gastprofessur am Max-Reinhardt-Seminar in Wien. Seit September 2000 ist er Generalintendant am Deutschen Nationaltheater Weimar.

REFERATE

Andreas Beese

Tricksen, Schieben, Steuer sparen

Was Kommunen alles tun, um ihren Haushalt aufzubessern oder zu frisieren

Geldnot macht erfinderisch – besonders die Kämmerer der Kommunen. Sie erfinden die Sex-Steuer, tricksen im Haushalt, schieben in steuerlichen Abschreibungsmodellen und Querverbünden die Summen hin und her oder neigen zu so gewagten Spielchen wie dem Cross Boarder Leasing. Viele dieser Finanzjonglagen sind für Andreas Beese, Pressesprecher der sächsischen Landtags-SPD, "volkswirtschaftliche Nullsummenspiele". Mehr noch, so Beese: "Manche Kämmerer fangen bereits an, sich selbst zu bescheißen."

Beeses Überlegung: Wer als erster Schlupflöcher findet, um Steuern für die Kommune oder kommunale Einrichtungen zu sparen, wird wenig später selbst bestraft, wenn alle die Schlupflöcher nutzen und die steuerliche Verbundquote sinkt. Damit sinken die kommunalen Steuern insgesamt – und im speziellen. "Kreative Kämmerer kämpfen mithin gegen kreative Kämmerer – und beide tricksen sich gegenseitig die Finanzmittel aus dem Geldbeutel."

Für richtig kreativ hält er derzeit einzig die Sex-Steuer. Sie hält sich an die derzeitige Steuersystematik und erweitert den Begriff der Vergnügungssteuer. Da die Prostitution nur in Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern statthaft ist, dient sie ausschließlich der Geldbeschaffung größerer Kommunen. Allerdings sind die Bemessungsgrundlagen strittig: Rechnet man die Bemessung auf Grund der zur Verfügung stehenden Bettenquadratmeter, der Mitarbeiter(innen)-Zahl oder der Häufigkeit der angebotenen Dienste?



Beese meint, die wesentlichsten Investitionen der Kommunen laufen in einem Rahmen ab, welcher der direkten politischen Kontrolle durch die Räte meist entzogen ist. Ob Stadtwerke oder Wohnungsbau-Gesellschaften, zumeist sind die demokratisch legitimierten Stadträte nur noch durch einige wenige Mitglieder im Aufsichts- oder Verwaltungsrat vertreten. Diese sind dann meist noch zur Geheimhaltung verpflichtet. So werden die wesentlichen Investitionsentscheidungen für die Kommune mit begrenzter Öffentlichkeit gefällt. Offenlegungspflichten über Aktien oder GmbH-Recht hinaus gibt es dabei nicht. Allerdings: Meist werden die Wirtschaftspläne der kommunalen Unternehmen dem Haushaltsplan in Kurzform angefügt. Zumindest ist ein Vergleich der Umsätze so möglich.

Parkplatz Personalkosten

"Die Personalkosten im Haushalt einer Kommune sind derzeit einer der großen Verschiebepunkte oder zumindest

Parkplätze." Der SPD-Sprecher hat festgestellt, dass Tarifierhöhungen fast durchgehend zu hoch eingerechnet werden. Ein weiterer Trick: Zur Kostenreduzierung greifen die Kämmerer immer verstärkter zur Gründung von Zweckverbänden und Eigenbetrieben – wenn nicht gleich komplett privatisiert wird. Dort gilt zwar meist für einige Jahre die Tarifbindung, dann jedoch können über Veränderungen der Bezahlung Einspareffekte erzielt werden.

Querverbund als Eigentor

Zum gesamtwirtschaftlichen Nullsummenspiel zählt Beese auch den steuerlichen Querverbund, der in den meisten Kommunen eingeführt ist. Die profitablen Stadtwerke betreiben die defizitären Hallenbäder und reduzieren dadurch ihre Steuerschuld. Da allerdings fast in allen Bereichen solche Konstruktionen gewählt wurden, sinkt die Steuersumme bundesweit und damit auch der Anteil der Kommunen. Letztlich ein Eigentor, meint Beese.

Goldschatz Sparkasse

Als "letzten Goldschatz" sieht er die Sparkassen. Zwar habe der Gesetzgeber im Fall Stralsund die Privatisierungsdebatte gestoppt, Beese ist jedoch sicher, sie wird in Kürze wieder aufflammen. Denn zum einen zögen sich die Sparkassen immer mehr aus der Fläche zurück, zum anderen falle die Gewährsträgerhaftung zur Absicherung der Institute. Dann gebe es keinen Unterschied mehr zwischen den Sparkassen und sonstigen Geldinstituten. Dann, rechnet Beese, werden die Kommunen in ihrer Not die lohnende Privatisierung der Sparkassen anstreben und politisch auch durchsetzen.

Wie lange halten Rohre?

Ein spannendes Thema ist die Abschreibungspraxis der Gemeinde. Zwar sind Gebühren, etwa für Wasser oder Abwasser, ohne Gewinne zu kalkulieren. Aber, so Beese: "Abschreibungsdauern von Abwasserkanälen allein können die Abwassergebühr um bis zu zehn Prozent beeinflussen. Denn es ist bedeutsam, ob der

Kanal auf 70 oder 100 Jahre abgeschrieben wird." Eine weitere „Einnahmequelle“ stellen die kalkulatorischen Zinsen dar. Da können nach geltender Rechtsprechung bis zu acht Prozent angesetzt werden, um das eingesetzte Kapital zu verzinsen. Derzeit am Markt gezahlt werden jedoch nur vier Prozent. Die realere Berechnungsgröße wären statt Abschreibungen die reinen Tilgungsleistungen und statt kalkulatorischer Zinsen die real gezahlten. An einem Abwasserzweckverband rechnet Beese vor: Tatsächlich bezahlt werden 4,40 DM/Kubikmeter, kostendeckend (kalkulatorische Zinsen plus Abschreibung) sind 4,27 DM/Kubikmeter und aufwandsdeckend (tatsächliche Zinsen und Tilgung) 3,96 DM/Kubikmeter. Fazit des Fachmanns: "Da diese Gelder teilweise in Kommunalhaushalte umgeleitet werden könnten, gilt hier auch eine gewisse Kreativität bei der Buchführung."

Verkaufen, Mieten, Kaufen

Vielerorts wird das Modell "Sale and lease back" praktiziert, überwiegend bei Immobilien. Das Prinzip: Die Kommune verkauft ihre Immobilie, least sie zurück und hat die Möglichkeit, sie nach zehn Jahren wieder zurückzukaufen. Da der Investor während dieser Zeit quasi als Vermieter auftritt, kann er andere Steuervorteile geltend machen, als dies der Kommune möglich ist. Einen Teil der Erträge reicht der Investor als Barwertvorteil an die Kommune weiter, die ansonsten aus dem Käuferlös die kompletten Leasingraten sowie den Rückkauf finanzieren kann. Den Finanzvorteil für die Kommune rechnet Beese bei rund drei Prozent des Käuferlöses.

Haarige US-Geschäfte

Haariger ist das Cross Boarder Leasing, bei dem ein US-Investor für 99 Jahre von einer Kommune ein Objekt least. Die Kommune mietet ihr Objekt für 25 Jahre zurück und trägt dabei das Instandhaltungsrisiko, das Risiko des kompletten wirtschaftlichen Unterganges, und gegebenenfalls das Risiko des steuerlichen Ausfalls. Wo liegt der finanzielle Vorteil? Der US-Investor kann als Eigentümer nach US-Recht ordentlich

abschreiben und Zinsen geltend machen. Laut Beese bringt das bei den US-Steuersätzen im Durchschnitt 20 Prozent des Wertes des verleasten Objekts. Davon geht ein Teil an die verleastende Kommunen (drei bis fünf Prozent) der Rest fließt als Verlustzuweisungen an die US-Trusts. Da die USA derzeit dieses Modell jährlich mit rund 10 Mrd. Dollar bezuschussen, soll das Schlupfloch geschlossen werden. Wie der Senat entscheidet, ist aber noch offen.

Andreas Beese
Ist gebürtiger Badener und gelernter Verwaltungswissenschaftler. Er war 13 Jahre Journalist, unter anderem beim Schwarzwälder Boten und der Lausitzer Rundschau, bevor er die Pressearbeit für die SPD-Landtagsfraktion in Sachsen übernahm.

Kontakt:
0351/4935705
andreas.beese@slt.sachsen.de

REFERATE

Heike Groll

Einfach fragen und anders hinschauen

Tipps aus der Drehscheibe für eine buntere Haushaltsberichterstattung

Wer zum ersten Mal einen kommunalen Haushaltsplan in der Hand hat, droht zu verzweifeln. Vielen Journalisten geht das auch nach Jahren der Stadtratsberichterstattung noch so. Das Zahlenwerk, mehrere hundert Seiten stark, ist selbst für Fachleute schwer, für Laien oft gar nicht überschaubar. Und die Materie ist grau und dröge. Dabei hängt von dem Zahlensalat das Wohl und Wehe der Gemeinde ab. Drehscheiben-Redakteurin Heike Groll gab Tipps, wie man aus dem Haushaltsplan bunte, interessante und spannende Geschichten machen kann.

Zunächst einmal gilt für die Haushaltsberichterstattung dasselbe wie für jedes andere Thema auch. Wer über kein Fachwissen verfügt, muss es sich aneignen oder es sich holen. Dazu ist es alles andere als beschämend, einfache, ja kindliche Fragen zu stellen, so Groll. Schließlich stellen ja auch die Leser diese Fragen.

Einfach mal die Perspektive wechseln

Dann lohnt es sich, den Blickwinkel zu verändern. "Mit anderen Augen sehen", nennt das die Drehscheiben-Redakteurin. Das können auch hier die Augen eines Kindes sein oder die eines Sozialhilfe-Empfängers oder einer Altenheim-Bewohnerin oder eines Wirtschaftsführers. Die veränderte Sichtweise ergibt hinter dem Zahlenwust viele Geschichten.

Und auch bei diesem Thema lohnt es sich, nicht gleich von Anfang an mit der Schere im Kopf zu arbeiten. Das heißt, sich nicht von den Zahlenkolonnen abschrecken lassen, ebensowenig von mürrischen Kämmerern oder ahnungslosen Pressesprechern. Auch ein Haushaltsplan kann Thema einer kreativen Redaktionskonferenz sein. Beispiele dessen, was dabei herauskommen kann, sind im Anhang zu finden.



Heike Groll
ist Redakteurin der Drehscheibe

Kontakt:
ITZ Initiative Tageszeitung
Hans-Böckler-Straße 3
53225 Bonn
Tel 0228 403876
Fax 0228 47 76 67
Groll@drehscheibe.org
www.drehscheibe.org

REFERATE

Rolf Böhme

**Vom Wirtschaftswunderland
zum Wirtschaftskummerland**

Wie sich die Gemeinden trotz neuer Aufgaben und weniger Geld helfen können

"Ohne Städte ist kein Staat zu machen." Der das sagt, hat sein ganzes politisches Leben beides gemacht, Stadt und Staat. Dr. Rolf Böhme, 20 Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Breisgau, war stets ein Kämpfer für die Selbstverwaltung und die Bürgergesellschaft. Von beidem, so seine Bilanz, ist Deutschland heute weiter entfernt denn je. Die Bürger hätten sich aus der Politik zurückgezogen und träten allenfalls als Protestgruppe auf. **"Eine Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden gibt es nicht mehr."** Dennoch, so der altgediente SPD-Politiker, hätten die Gemeinden Möglichkeiten, ihre Lage zu verbessern.

"Aus dem Wirtschaftswunderland ist ein Wirtschaftskummerland geworden", meint Rolf Böhme. Die Begeisterung nach der Wiedervereinigung sei nicht genutzt worden, die neue Politik, die nötig gewesen wäre, habe nicht stattgefunden. Die Gewerbesteuer ist eingebrochen, die Arbeitslosigkeit und die Sozialkosten gestiegen, die Kommunen bekamen neue Aufgaben, etwa in der Kinderbetreuung, Sozialhilfe, Jugendhilfe, aber keine zusätzlichen Mittel dafür.

**"Mit Kosmetik sind die
Probleme nicht zu lösen"**

"Mit Kosmetik oder der Hoffnung auf Erholung der Konjunktur sind die Probleme nicht zu lösen", so Böhme. "Wir müssen die

Struktur ändern." Das fange bei den Rahmenbedingungen an, also einer Steuerreform, mehr Mitspracherecht der Kommunen bei Gesetzen, die sie betreffen oder einer Neuregelung der Kompetenzen. Auch plädiert Böhme für eine eigene Steuer, die das Rathaus bestimmen kann (Hebesatzrecht).



Doch auch in den Kommunen selbst müsse man vieles ändern. Zum Beispiel die Aufgaben der Verwaltung kritisch durchforsten und Arbeiten privatisieren oder die Zusammenarbeit mit Privatfirmen suchen. So biete das PPP-Modell (Private Public Partnership) viele Möglichkeiten, öffentliche Aufgaben mit privater Hilfe umzusetzen. Die Renovierung des Freiburger Theaters sei erst durch dieses Modell über einen Leasingvertrag möglich gewesen. Die Stadt alleine hätte sich den Umbau nicht leisten können. Oder Energieverträge mit Privatversorgern, über die zum

Beispiel Schulen günstiger mit Energie versorgt werden können als es die Stadt leisten könnte. Auch in der Grundstücksverwaltung biete die Zusammenarbeit mit Privatfirmen Einsparungsmöglichkeiten. Ebenso die Umwandlung des Theaters in eine GmbH, was dem Betrieb mehr Möglichkeiten der Finanzierung und Steuerung gebe. Eine große Chance sieht Böhme in der Regionalisierung von städtischen Betrieben, etwa dem Nahverkehr, Müllabfuhr, Messewesen, Winterdienst, Straßenreinigung, Tourismus oder bei der Energieversorgung.

Hohe Baustandards lähmen die Verwaltung

Was Böhme seit Jahren immer wieder anprangert, sind die hohen Baustandards. Er erzählt dazu die Geschichte einer Schule in Freiburg, in die jahrelang die Kinder der französischen Soldaten der Garnison gingen. Als die Franzosen abzogen, wollte die Stadt dort deutsche Schüler unterbringen. Doch Bauamt, Ordnungsamt und Feuerwehr sagten, das ginge nicht. Der Bau sei nicht geeignet. Um ihn als Schule zu nutzen, müsse man ihn für 8 Millionen Euro umbauen.

Solche Beispiele treiben den Alt-OB zu der Frage: "Sind wir noch richtig organisiert?" Er hat die Erfahrung gemacht, dass "wenn's kritisch wird, ist in der Verwaltung keiner zuständig" ist. Deshalb fordert er mehr Mit-Verantwortung, Mit-Kontrolle und Mit-Bestimmung. Zum Beispiel im Schulwesen. Wenn Lehrer nicht mehr beim Land, sondern bei der Kommune angestellt sind,

könnten sie auch mehr Verantwortung übernehmen und über ihre Schule mitbestimmen.

Bürgerentscheid als Hilfe für die Politik

Zu dem Thema gehören für Böhme auch mehr direkte Entscheidungsmöglichkeiten des Volkes. In Fällen, in denen die Politik nicht mehr weiterkommt, oder in Grundsatzfragen sei der Bürgerentscheid eine wichtige Hilfe. Wenn eine Stadt oder Gemeinde ihre Probleme angehen will, "muss sie zuerst wissen, was sie will". Das habe nicht nur der Gemeinderat zu klären, sondern auch die Bürgerschaft. Je mehr Menschen daran beteiligt sind, desto besser könne man auch schmerzhaftige Prozesse umsetzen.

Dr. Rolf Böhme

Geboren 1934 in Konstanz, studierte Rechts- und Staatswissenschaften und trat 1965 in die Steuerverwaltung des Landes Baden-Württemberg ein, bekam 1968 die Zulassung als Rechtsanwalt. Seit 1959 Mitglied der SPD wurde er 1971 in den Freiburger Gemeinderat gewählt, ein Jahr später zog er als Abgeordneter in den Bundestag, wo er 1978 unter Kanzler Helmut Schmidt parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium wurde. 1982 wurde er mit einer hauchdünnen Mehrheit zum Oberbürgermeister von Freiburg gewählt und behielt dieses Amt bis zu seiner Pensionierung 2002. Seither arbeitet er wieder als Anwalt und Berater und berät Bundesinnenminister Schily in kommunalpolitischen Fragen.

WERKSTATT-BERICHTE

Große Serie und kleine Scoops

Susanne Leimstoll: Wie retten wir Berlin?

Lothar Mahrla: Wie machen wir Politik transparent

Mit einer täglichen Serie hat der "Tagesspiegel" fünf Wochen lang die Finanznot Berlins dokumentiert, hinterfragt und kommentiert. Redakteurin Susanne Leimstoll stellte das Projekt vor. Aus der Praxis kleiner Lokalredaktionen berichtete Lothar Mahrla, stellvertretender Chefredakteur bei der Märkischen Allgemeinen. Sein Credo sieht anders aus als das der Großstadtreaktion: "Wir versuchen mit vielen kleinen investigativen Geschichten die Stadtväter zum Jagen zu tragen."

Wochenlang hat Susanne Leimstoll über die Serie "Wie retten wir Berlin?" nachgedacht, ein Konzept aufgestellt und die Umsetzung in den Redaktionen geklärt. Heraus kam eine Serie, die fünf Wochen lang jeden Tag eine Seite füllte. Dabei wurden nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens unter die Lupe genommen, vom Zoo bis zur Justiz, vom Schulwesen bis zur Länderfusion mit Brandenburg. Zu jedem Thema wurden Analysen geliefert, Pro und Contra eingeholt, die Betroffenen gehört und Kommentare abgegeben. Das Ganze wurde mit Fotos und Karikaturen gestaltet und von der Werbeabteilung unterstützt (Das Serien-Konzept findet sich im Anhang).

Die groß angelegte und beworbene Serie ist für Mahrla die Kür. Eine Kür, die sich viele kleine Redaktionen nicht leisten können. Er setzt stattdessen auf die tägliche Pflicht: "An Themen dranbleiben, köcheln, immer neue Informationen nachlegen, viel Platz für Lesermeinungen einräumen." Er fordert von

seinen Lokalredaktionen investigativen Journalismus: "Es ist wichtiger denn je, dass wir Politik transparent machen und über die Hintergründe sehr sorgfältig berichten." Ob geheime Gutachten, Akten der insolventen Wohnungsbaugesellschaft oder Hintergründe zu einer Entlassung bei einer städtischen Gesellschaft – die MAZ druckte die Dokumente und Geschichten. "Und wir halten die Stories natürlich am köcheln."

Das ist für die Kollegen vor Ort nicht immer angenehm. Seine Redakteure werden schon mal übel beschimpft oder lautstark die Entlassung einer Redaktion gefordert. Doch Mahrla stärkt seinen Redaktionen den Rücken: "Es ist wichtig, dass Sie kritische Redakteure haben und eine Chefredaktion, die sie schützt."

Susanne Leimstoll

Geboren in Stuttgart begann ihre journalistische Laufbahn in Stuttgart, war ab 1986 Redakteurin bei der Südwestpresse in Ulm, wechselte 1998 zur Berliner Zeitung und 2001 zum Tagesspiegel, wo sie als Blattmacherin auch für Serien und Aktionen verantwortlich ist.

Lothar Mahrla

Ist als stellvertretender Chefredakteur für die 15 Lokalredaktionen der Märkischen Allgemeinen zuständig. Geboren in Stralsund, lebt er seit über 30 Jahren in Berlin. Er war Assistent der Geschäftsführung beim Tagesspiegel und ist seit 1993 bei der MAZ.

ARBEITSGRUPPEN – BERICHTE

Arbeitsgruppe 1

Den Finger in die Wunde legen

Wie viel Staat muss sein? Privatisierung und die Folgen

Privatisierung kommunaler Aufgaben ist auf viele Arten möglich. Wir haben die wichtigsten auf Vor- und Nachteile hin untersucht und die Ergebnisse mit Oliver Klein, Uni Potsdam, erörtert und verifiziert.

Eigenbetrieb

(z. B. Wasserwerk, Stadtwerke), keine echte Privatisierung, da nicht rechtlich unabhängig, sondern Teil der Verwaltung;

Aspekte:

- Eigene wirtschaftliche Einheit, damit Ausgliederung aus Gesamthaushalt;
- mehr Transparenz durch exakte Einnahmen-/Ausgabenberechnung;
- Bürgermeister/Landrat behält volle Verantwortung, Gemeinderat/Kreistag bleibt oberstes Organ, damit volle demokratische Kontrolle;
- Keine finanzielle Beteiligung privater Investoren möglich, damit keine Entlastung für Kommune;
- Keine Schlechterstellung des Personals, da öffentliche Tarife weitergelten müssen;

Eigengesellschaft

GmbH/AG ohne private Beteiligung

Aspekte:

- Chance auf qualifizierten Geschäftsführer; Gefahr: „Vielfach ABM für hochbezahlte Verwaltungsleute“;
- Finanzierung durch Kommunalkredite, abgesichert durch Bürgschaften der Kommune;

- Mittelfristig Personalkosten-Einsparung möglich (Tarif- und Arbeitsverträge gelten mindestens ein Jahr weiter);
- Sicherheits- und Vertrauensverlust für Personal, da nicht länger Teil der Verwaltung; Soziale Komponente fällt schleichend weg;
- Keine Mitbestimmung bei Entscheidung über neue Betriebsform;
- Kürzere Entscheidungswege;
- Wirtschaftliche Flexibilität;
- Öffentliche Kontrolle fällt weg; GmbH-Organen unterliegen Geheimhaltungspflicht;
- GmbH bildet Rückstellungen/ Eigenkapital und kann Einnahmen (Gebühren) vergleichmäßigen;
- Steuerliche Vorteile;

Empfehlung für Kommunalpolitiker und Journalisten: völlige Transparenz gegenüber Kommunalpolitik und Öffentlichkeit muss im Gesellschaftsvertrag ausdrücklich festgeschrieben werden (Drei-Monats-Bericht).

Gesellschaft mit Dritten

GmbH/AG mit privater Beteiligung

Aspekte

(siehe Eigengesellschaft und zusätzlich):

- Fremdkapital für Kommune;
- Widerstreitende Unternehmensziele der Gesellschafter: Aufgabenerfüllung versus Gewinnerzielung;

Contracting

Private finanzieren kommunale Investitionen; Refinanzierung allein durch Einsparungen, keine Änderung der Eigentumsverhältnisse;
Beispiel: Maßnahmen zur Energieeinsparung, Investor kassiert Einsparung, Kommune bezahlt nur den bisherigen Aufwand;

Aspekte:

- Kein Risiko für Kommunen;
- Investition trotz fehlender Haushaltsmittel möglich;
- Kein Einfluss bei Auftragsvergabe;
- Nur begrenzt anwendbar;

Leasing

Aspekte:

- Kreditähnliches Geschäft, deshalb Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich;
- Investition ohne Eigenkapital;
- Eigentum bei Leasinggeber;
- Lange Vertragsbindung, dadurch hohes Risiko;
- Rechtliche Probleme bei Insolvenz des Leasinggebers;
- Steuer-Ersparnis nur möglich bei ausländischen Partnern (Cross-Border); hohes Risiko!
- Risiko bei Rückkaufspflicht;

Öffentliche Stiftung

Aspekte:

- Einbeziehung der Bürger als Geldgeber;
- Haushaltsunabhängige Zuschüsse für freiwillige Leistungen;
- Kein Kapitalverlust;
- Strenge Aufsicht;
- Steuerbefreiung bei Gemeinnützigkeit;
- Schattensystem, da Stiftungsrat über Mittelverwendung entscheidet;

Recherchehilfen

Kommunalwissenschaftliches Institut der Uni Potsdam:
www.uni-potsdam.de/u/kwi/index.htm

Energie-Contracting:
www.hessenenergie.de
www.ove.de

Cross-Border-Leasing:
www.net-lexikon.de/cross-border-leasing.html

Bürgerstiftungen:
www.buergerstiftung.de

Allgemeines:

Institut für Urbanistik:
www.kommunalweb.de

Bertelsmann-Stiftung:
www.bertelsmann-stiftung.de
www.politikreform.de

Kommunales Forum mit vielen Links:
www.kommunalforum.de

KGST Köln:
www.kgst.de

ARBEITSGRUPPEN – BERICHTE

Arbeitsgruppe 2

Leere Kassen – volle Altersheime

Wo endet der demographische Wandel?

Wenn die Geburtenzahlen auf Dauer so niedrig bleiben wie gegenwärtig, hat das langfristig eine sinkende und alternde Bevölkerung zur Folge. In den fünfziger Jahren haben **vier** Arbeitnehmer die Altersbezüge für **einen** Rentner bezahlt, zur Zeit sind es **zwei**, wie viele werden es 2015 sein?

Dies hat Auswirkungen auf die Gesellschaft der Zukunft. Gleichzeitig entvölkern sich manche Regionen, die Menschen konzentrieren sich in Ballungsräumen. Ziel muss es sein, einerseits entsprechende Rahmenbedingungen für junge Familien zu schaffen, zum anderen das Selbsthilfepotenzial älterer Menschen so zu aktivieren, dass sie sich gegenseitig unterstützen können.

Wenn wir das Wünschenswerte weiter finanzieren wollen, muss der Sozialstaat umgebaut werden. Die Lokalredaktionen – sowohl in den alten, als auch in den neuen Bundesländern – werden das Thema demographischer Wandel zu einem Schwerpunkt ihrer Berichterstattung machen müssen. Dies gilt besonders für Bereiche wie Stadtplanung, Wanderungsbewegungen, multikulturelle Gesellschaft, Pflegesituation und Leben im Alter. Es ist wichtig, als Zeitung diese Themenbereiche **aktiv** in die Diskussion zu bringen, um das Bewusstsein sowohl des Einzelnen als auch der Politiker zu schärfen und zu verändern.

Leben im Alter

Wir gestalten eine Serie mit etwa zwölf Folgen.

1. Wir entwerfen ein Horrorszenario: Im Jahr 2050 wird es Geisterstädte, verwaiste Spielplätze und verfallene Wohnungen geben (Alterspyramide).
2. Szene 2004: Porträts von Senioren unterschiedlichen Alters und in unterschiedlichen Lebenssituationen in mehreren Folgen.
3. Gespräch mit OB und Kämmerer (Planungsdezernent) über die demographische Entwicklung in unserer Kommune.
4. Überblick über Arbeit mit Senioren, Angebote für Senioren, Seniorenselbsthilfeprojekte (bestehende und wünschenswerte)
5. Interviews mit Betreibern, Bewohnern und Mitarbeitern von Altenheimen und Senioreneinrichtungen.
6. Zukunftsmodelle: So kann Leben im Alter menschenwürdig, preisgünstig und somit finanzierbar sein: Rüstige Senioren kümmern sich selbstverständlich um Pflegebedürftige und werden dafür

auch ausgebildet und professionell begleitet.

Parallel dazu läuft eine Leserumfrage: Wie planen Sie Ihr Alter?

Patchwork Gesellschaft

Durch den demographischen Wandel verändert sich auch die Zusammensetzung der Gesellschaft. Sie wird bunter: Alte und Junge, Arme und Reiche, einheimische und zugezogene Mitbürger müssen miteinander auskommen. Die folgenden Vorschläge zeigen, wie man dieses Thema in einer Lokalzeitung behandeln kann.

1. Porträts von alten aktiven Menschen, um zu zeigen, es geht auch anders. Senioren sind keine Auslaufmodelle
Beispiel: alte Ratsmitglieder, Vereinsvorsitzende, Ehrenamtliche, etc.
2. Kommunikation von Jüngeren und Älteren
Beispiel: Themen zur Diskussion stellen. Daraus können sich Bürgerinitiativen entwickeln, die den Kontakt zwischen Alt und Jung herstellen.
3. Arme alte Menschen über einen gewissen Zeitraum begleiten (Reportage).
4. Migranten
Beispiele: Grafik: Wie hoch ist der Ausländeranteil in meiner Stadt
Lebenswelt von Migranten vorstellen, andere Kulturen darstellen, vergleichen.

Kindermangel/Alterspyramide

Die Geburtenzahlen sind seit Jahren rückläufig. Es gibt immer weniger Kinder und immer mehr alte Menschen. Welche Folgen das für die Kommunen haben wird und wie man dem Thema begegnen kann, zeigen folgende Beispiele.

1. Serie: „Das Leben mit Kindern“. Welche Möglichkeiten der Kinderbetreuung gibt es (Tagesmütter, Babysitter, Horte, Familienpfleger, etc.) , Kindergartentest der Einrichtungen im Verbreitungsgebiet, Menschen vorstellen, die es schaffen Kind und Karriere unter einen Hut zu bringen.
2. Arbeitsgruppe zum Thema „Senioren“ kontinuierlich begleiten.
3. Interview mit dem Bürgermeister: „Wie stellen Sie sich die Situation Ihrer Gemeinde in 30 Jahren vor?“
4. Bei Schulneubauten /-planung auf die Problematik aufmerksam machen, den Prozess kritisch hinterfragen, zur Diskussion stellen
5. Pflegenotstand: Mit Betreibern eines Seniorenheimes reden (Bsp: Wegfall des Zivildienstes, Entwicklung der Bewohnerzahl pro Pflegekraft, etc.)
6. Berufsporträt: Wie arbeitet ein Pfleger?
7. Reportage: Schülerpraktikanten in Pflegeheimen, Freiwilliges Soziales Jahr, etc.

Siedlungsstruktur im Wandel

1. „Meine Stadt schrumpft dramatisch“
Beispiele: Stadt schrumpft auf die Größe von 1900. Alte Karte zeigt die Umrisse – aktuelle Karte liegt darunter. Wo wird zurückgebaut? Experten, Stadtverordnete und Leser äußern sich.
Diskussion um Abrisskonzepte anregen, Visionen zu Brachflächen
2. „Das Einfamilienhaus im Grünen ist nicht mehr zeitgemäß“
Beispiele: wirkliche Kosten der Stadtfucht aufzeigen: langfristige Mobilitätskosten einer Modellfamilie berechnen, die vermeintlich billig auf dem Land gebaut hat. Kosten der Infrastruktur aufzeigen (Bau und Unterhalt von Straßen, Wasserleitungen, ÖPNV)
3. „Das Haus der Zukunft muss anders aussehen“
Beispiele: aktueller Fall (Schulneubau, Schulerweiterungsbau, Kindergarten im Neubaugebiet) auf multifunktionale Nutzung prüfen
Architekt plant Einfamilienhaus, das die Bedürfnisse im Alter berücksichtigt.
Aktion: Frage an Stadtplaner/Bürgermeister/Baugenossenschaftschef: Wie wollen Sie im Alter leben?
4. „Menschenschicksale“
Beispiele: Wenn die Abrissbirne und der Umzugswagen kommt
Allein mit 70 auf 250 Quadratmetern
5. „Wir leben in der Stadt“
Beispiele: Familie mit Kindern trotz der Landflucht
Betuchte Ältere kehren zurück in die Stadt

Finanzen

1. Finanzen der öffentlichen Hand:
Philosophische Frage: Gibt es 2050 noch etwas zu verteilen?
Wie sieht die mittel- und langfristige Finanzplanung der Kommune aus?
Welche Investitionen für das Alter hat die Kommune vorgenommen?
Die Kommune im Kompass der Bertelsmann-Stiftung!
Alternative Finanzierungsmöglichkeiten (Leasing, Sponsoring...)
Die Einnahmen der öffentlichen Hand
Leseraktion: Wo kann die Kommune sparen?
Der Finanzausgleich – heute und morgen!
2. Finanzen der privaten Hand:
Philosophische Frage: Wie viel benötigt man im Alter, um in Würde zu sterben?
Umfrage: Wünsche für das Leben im Alter
Das eigene Haus – Aktion zum Planen, Finanzieren und Bauen
Die besten Lebensversicherungen!
Die besten Pflege-Zusatzversicherungen!
Die besten Bausparkassen!
Alternative Sparmöglichkeiten – evtl. mit Angebot der Zeitung
3. Finanzen der Sozialversicherungsträger:
Philosophische Frage: Ist das System noch zu halten?

ARBEITSGRUPPEN – BERICHTE

Arbeitsgruppe 3

Ruhe auf den billigen Plätzen!

Die Bürger wollen nicht länger Zuschauer sein.

Den Haushalt für den Leser transparent machen.

Eine Konzeption für die Berichterstattung zum kommunalen Haushalt.

Geld regiert die Welt, das ist im Privaten nicht anders als in der Kommune. Alle reden darüber, aber die wenigsten verstehen ihn wirklich: den kommunalen Haushalt. Deshalb hat die Arbeitsgruppe Anregungen zusammengetragen, wie man das oftmals trockene Thema dem Leser, der sich meist als Bürger auf „billigen Plätzen“ fühlt, verständlich näher bringen kann. Dabei wird die Berichterstattung in fünf verschiedene Phasen eingeteilt: vom Entwurf bis zur Verabschiedung.

Phase I: Vor der Einbringung

Aktuelle Situation in der Kommune schildern

- Stand von aktuellen Projekten wie Bauvorhaben etc.
- Ausblick auf die Zukunft (Entwicklung von Steuern und Abgaben)
- Erklärung der Zahlen

Erklärungen

- Begriffe/Fachchinesisch (Was ist eine Kreisumlage, Hebesätze, Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ...)
- Aufzeigen der Mehrheitsverhältnisse (Parteien, Fraktionen, ...)
- Wie entsteht ein Haushalt?
- Genehmigungsverfahren (Was ist die Voraussetzung dafür?)
- Akteure vorstellen (Kämmerer, Bürgermeister, ...)

- Finanzbeziehungen (zu Land, Bund, Förderbedingungen)

Weiche Themen:

- Wunschzettel (Kinder, Senioren, ...)
- Sparvorschläge aus der Leserschaft (Umfragen, TED, ...)

Phase II: Die Einbringung

Chronistenpflicht

- Eckdaten (Volumen, Schulden, Investitionen, Defizite, Hebesätze, Steuern)
- Wichtigste Investitionen /Nicht-Investitionen
- Dickste Brocken (Einnahmen, Ausgaben)
- Auftakt der politischen Debatte
- Haushaltslöcher (Größe, wie stopfen?)
- Evtl. Haushalts sicherungskonzept aufzeigen und erläutern

Kür

- Hintergrund: Wo kommen die Schulden her? Bei wem sind die Schulden? Was zahlt die Stadt pro Tag, Woche, ... Was könnte man dafür anschaffen?
- Unterschiedliche Darstellungsformen wählen (Interview, ...)

Weiche Themen

- Umfrage bei Kommunalpolitikern (Was ist eigentlich ...?)
- Kuriose Einnahmen (Knöllchen, Sexsteuer, ...)
- Kuriose Ausgaben (Mitgliedschaften, Empfänge, Dienstwagen, ...)

Phase III: Diskussionen und Auseinandersetzungen

- Politische Positionen/Diskussion (Abgleich mit früheren Jahren)
- Betroffene zu Wort kommen lassen
- Pro/Contra und „Standpunkte“
- Folgen und Veränderungen aufzeigen (Ursache und Wirkung)
- Fließen die Zuschüsse?
- Musterrechnungen: Wie wirkt es sich in der eigenen Geldbörse aus?
- Vergleiche mit anderen Städten und Gemeinden
- Leserforen einrichten (Talkrunden)
- Alternativen aufzeigen (bei Sparvorschlägen)
- Freiwilligkeitsleistungen

Weiche Themen

- „In den Mund gelegt...“
- Rückblick: Wie war's vor 25 Jahren
- Wir schlagen neue Steuern vor!!!! (Katzensteuer, Sonnenscheinsteuer)

Phase IV: Beschlussfassung

- Zahlen und Fakten (grafisch aufgearbeitet)
- Entwurf und Beschluss vergleichen
- Kommentar/Wertung (klare Positionen beziehen, kein Sowohl-als-auch-Kommentar)
- Illustration??? (lange schon vorher an die Fotos denken)

Weiche Themen

- Kurioses aus den Reden ;-)
- Dauer der Reden

- Haushalt in Kilogramm und Seitenzahl
- Karikatur

Phase V: Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt

- Prozesse und Personen begleiten
- Welche „Fallen“ für die Bürger bzw. freie Träger (versteckte Gemeinheiten) sind im Haushalt nicht erkannt worden und kommen jetzt zu Tage
- Wie tief werden die weiteren Finanzlöcher
- Landes- und bundespolitische Pläne und Diskussionen und deren Auswirkungen auf das laufende Haushaltsjahr (Hartz IV, Steuerreform, ...)
- Mögliche Nachtragshaushalte und dazugehörige Haushaltssperren

Fazit

Haushalt muss nicht langweilig sein. Es kommt nur darauf an, wie man das Thema aufbereitet. Wenn das gelingt, kann der Leser auf den vermeintlich „billigen Plätzen“ mitreden.

Anhang

- Anregungen, wie die Bürgerbeteiligung verstärkt werden kann, gibt's unter www.buergerhaushalt.de
- Glossar von Fachbegriffen ist im „Lexikon der Wirtschaft“ der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zu finden

Vorschläge zur graphischen Aufarbeitung des Haushalts

Einbringung

- Weg des Haushalts (Pfeildiagramm)
- Aktuelle Situation (Balkendiagramm zur Schuldenentwicklung)
- Mehrheitsverhältnisse in den Gremien (Tortendiagramm)
- Vergleiche mit anderen Kommunen (Schuldenberge, Haushaltslöcher)

Diskussion

- Einnahmen/Ausgaben (Torte/Balkendiagramm, Vorjahresvergleiche)
- Entwicklung der Gewerbesteuer
- Freiwillige Leistungen
- Größte Investitionen / Ausgaben
- Einzelne Posten aufschlüsseln
 - Hunde-, Vergnügungs- oder Zweitwohnungssteuer
 - Kommunalsteuern
- Verhältnis Pflicht- und freiwillige Leistungen

Verabschiedung

- tatsächliche Einnahmen und Ausgaben (evtl. Unterschiede zum Entwurf)
- Defizitentwicklung (wenn vom Entwurf abweichend)
- Verwaltungshaushalt (Tortendiagramm)
- Vergleich mit anderen Gemeinden

Info-Kasten/Check- Liste

Eckdaten des Etats

- Gesamtvolumen
- Verwaltungs-/Vermögenshaushalt (Einnahmen/Ausgaben/Defizit)
- Steuersätze (GewerbeSt., GS A und B)
- Freie Spanne/Freie Finanzspitze (gesetzlich vorgeschriebener Spielraum für Investitionen)
- Schuldenstand/Pro-Kopf-Verschuldung
- (falls erforderlich:) Erwähnung des „Haushaltssicherungskonzepts“

ARBEITSGRUPPEN – BERICHTE

Arbeitsgruppe 4

Bürgerengagement und Ehrenamt

Engagement der Zukunft?

Dreifacher Rittberger in Sachen Ehrenamt:

- 1) Ist es überhaupt wünschenswert, durch ehrenamtliches Engagement die öffentliche Hand aus ihrer Verantwortung zu entlassen?
- 2) Was sind überhaupt Aufgaben der öffentlichen Hand und wie haben sie sich gewandelt?
- 3) Stimmt es überhaupt, dass die öffentliche Hand sich mehr und mehr aus ihrer Verantwortung zurückzieht?

- Wohin soll's mit der Stadt gehen / Stadtentwicklung
- Jahresthemen (z.B. Freiburg bewegt)
- Sponsoring (z.B. Brunnen)
- Bürgertag („Neubürgerbegrüßung“)
- Bericht über Schnittstellen (z.B. Toilettenaufsicht an Schulen)
- Betroffene testen (z.B. Kinder testen Kinderspielplätze)

Serien – nur gut geplant hitverdächtig:

- Zeitrahmen stecken: vorher bestimmen, wie lange eine Serie läuft
- Ausreichend Vorlauf
- Serie erst starten, wenn mehrere Texte fertig vorliegen
- Bei Vergabe nach außen: Mitarbeiter/Pressesprecher instruieren
- „Liebevoller“ Behandlung der Serie im Blatt
- „Hingucker“ (Logo)
- immer an derselben Stelle platzieren
- Frequenz festlegen
- Kontakte sichern und zugänglich machen
- Zu klären: Muss man die Struktur einer Serie dem Leser mitteilen? Muss man erklären, wenn ein Serienteil ausfällt? Soll man den nächsten Teil der Serie am Vortag ankündigen?

Alltag – gefragt ist der besondere Blick:

Die Pflicht:

- Serien zu Vereinen (z.B. „Mein Verein“, Übungsleiter etc.)
- Teilnehmende Beobachtung (Einzelbeispiele aus verschiedenen Perspektiven beobachten, z.B. jugendliche Raser gegen Anwohner)
- Begleitende Berichterstattung („Finger in die Wunde legen“)
- Rollende Redaktion, Offenes Ohr, Heißer Draht

Die Kür:

- Vereinssprechstunden
- Sommeraktionen, Putzaktionen etc.
- Hilfsaktionen anstoßen
- Bürger schlagen besonders engagierte Bürger vor (Serie)

Und noch mehr Ideen:

Freiwilligenagenturen vorstellen,
Talentbörsen, Tafelprojekte,
Umsonstläden

Bitte keine Kumpaneel! Die Frage nach der (Selbst-) Instrumentalisierung:

- Wenn die Zeitung mobil macht – wie viel Eigennutz der Zeitungsmacher steckt dahinter?
- Wo die Grenzen verschwimmen - Redaktionsmitglieder als Pressesprecher, Schriftführer, Parteimitglieder
- „Wir kennen uns doch“: der schwierige Umgang mit Bekannten

Moderationen – gern, aber nicht bedingungslos:

- Eher mal nein sagen: Moderationen dürfen nicht inflationär werden
- Muss für die Redaktion gewinnbringend sein
- Richtung/Inhalt muss stimmen
- Eigenvermarktung der Redaktion/Redaktionsmarketing sollte von der Redaktion ausgehen
- Thema Moderation sollte Schulungsthema in den Redaktionen werden
- Zeitung gewinnt bei aktuellen/brisanten Themen

Fazit: Wenn eine Redaktion die Initiative ergreift, muss es klappen (auf nichts verlassen, alles prüfen)! An die Gefahr der Vereinnahmung denken, z.B. bei Moderationen für Stadtverwaltung, Wirtschaftsunternehmen, Initiativen

Die finale Pirouette – Ideen, die schwindlig machen:

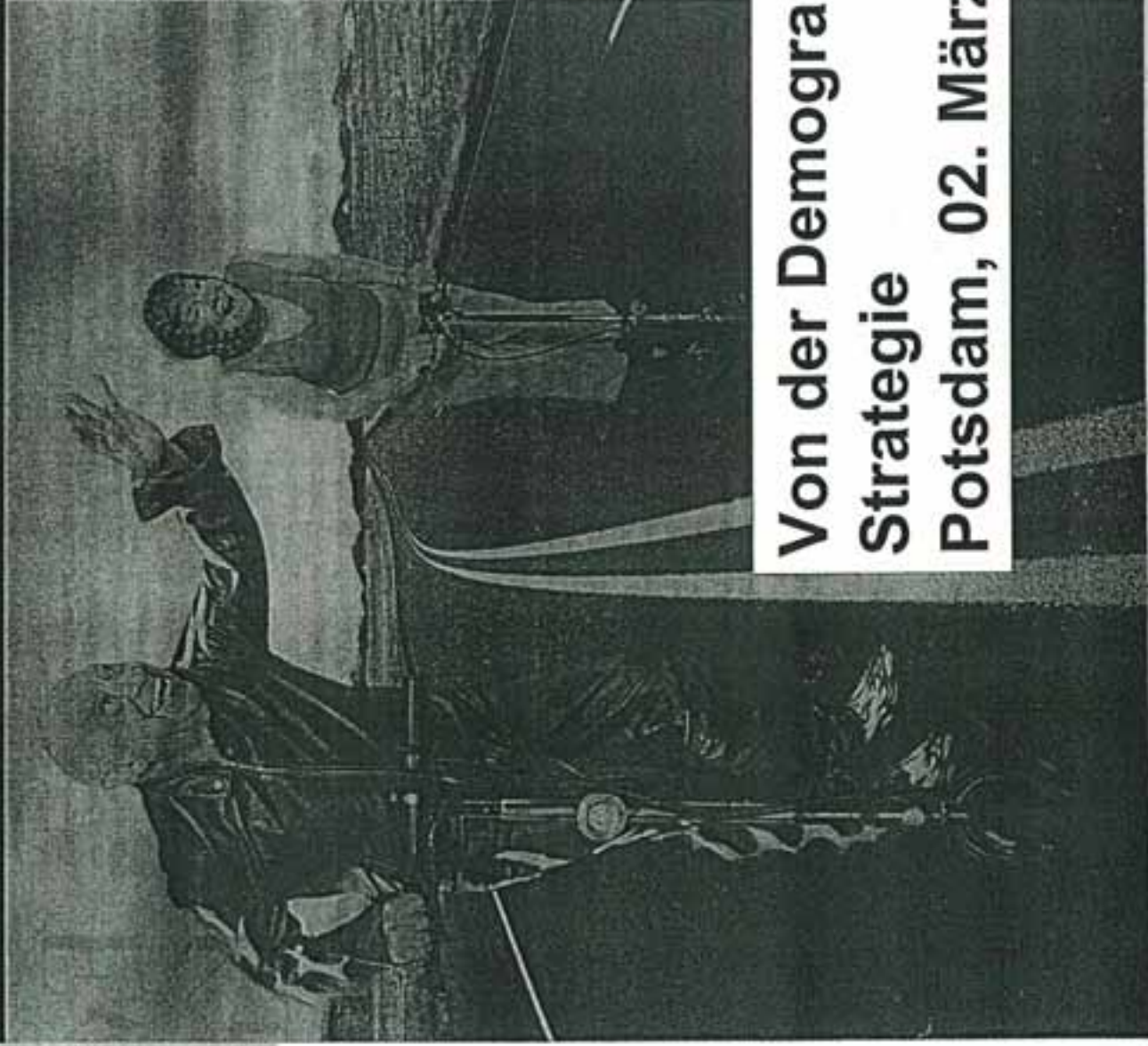
- Alt-und-Jung-Aktion: Kindergärten zu Mehrgenerationen-Häusern ummodellern
- Alt lernt von Jung – und umgekehrt (Koch- versus PC-Kurse)
- Von den Alten das Sparen lernen: oder Alte und Junge vergleichen, wie viel Geld sie haben/ausgeben
- Streitgespräche der Gegenpole (z.B. Verwaltung gegen Anti-Ehrenamtler: „Ich engagiere mich nicht, weil ...“)
- Chronik „Zurück in die Zukunft“: Wir blicken aus dem Jahr 2020 auf heute zurück – mit Hilfe des verfügbaren Materials zur demographischen Entwicklung
- Serie „Visionen in der Schublade“: Was aus alten Plänen der Verwaltung nicht wurde
- Zivilcourage-Tests im Alltag: Anleitung „wie klaue ich ein Fahrrad“ – und wie reagiert der unwissende Beobachter?
- Neue Wohnformen (z.B. Alten-WG; Jung und Alt unter einem Dach, Mütter unter sich etc.) im Vergleich mit Planungen der Kommunalverwaltung – und mit Blick auf die demographische Entwicklung
- Da springt die Oma aus der Hüpfburg: Wir kombinieren den Alternachmittag mit dem Kinderfest (mit Gastkommentar der Beteiligten).

ANHANG



Bertelsmann Stiftung

„Frisch, Fröhlich, Alt“



**Von der Demographie zur
Strategie
Potsdam, 02. März 2004**



Bertelsmann Stiftung

Zentrale Erkenntnisse ...

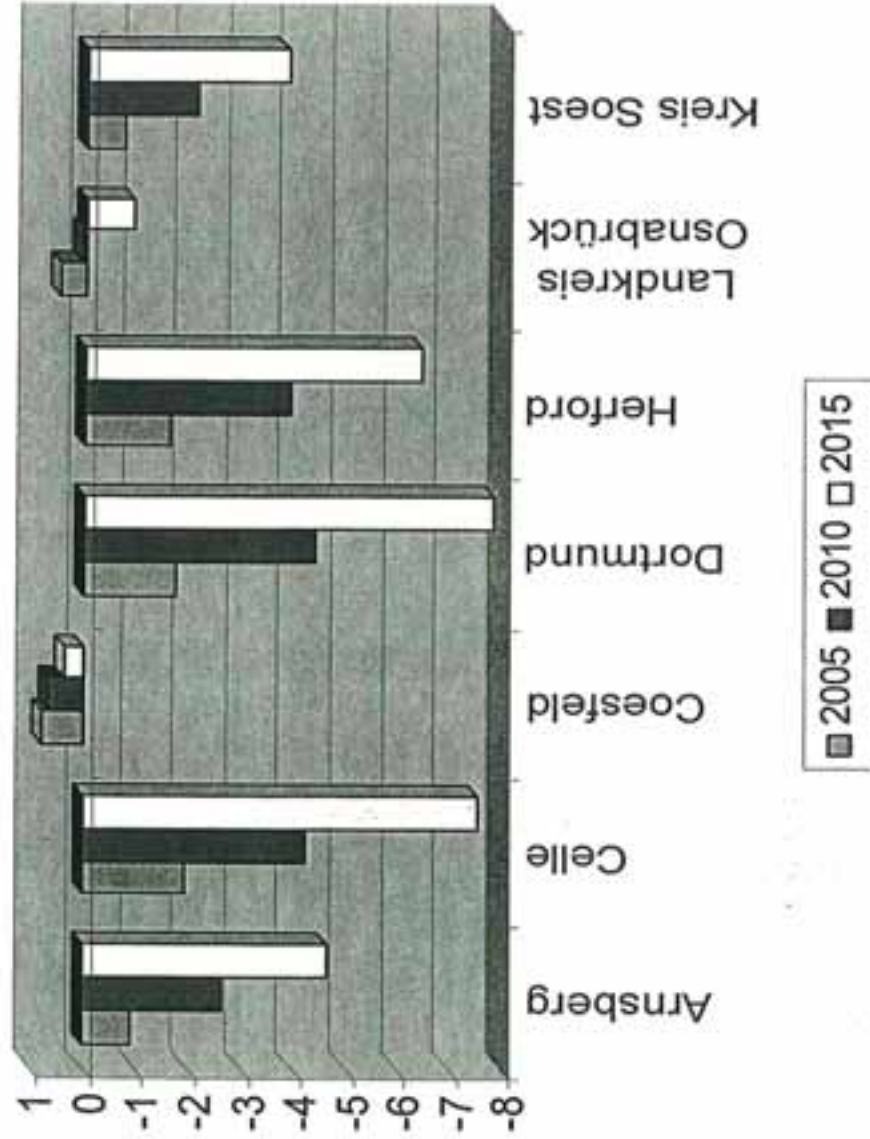
- Die demographischen Entwicklungen vollziehen sich regional höchst unterschiedlich.
- Es wird von Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsregionen gesprochen.
- Viele Kommunen sind nicht auf die Herausforderungen des demographischen Wandels vorbereitet.
- Die Erarbeitung stadtspezifischer Strategien ist notwendig.
- Die Ressourcen der Kommunen zur Bewältigung der Folgen von Alterung und Schrumpfung sind begrenzt

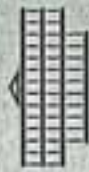


Bertelsmann Stiftung

Die Situation auf kommunaler Ebene

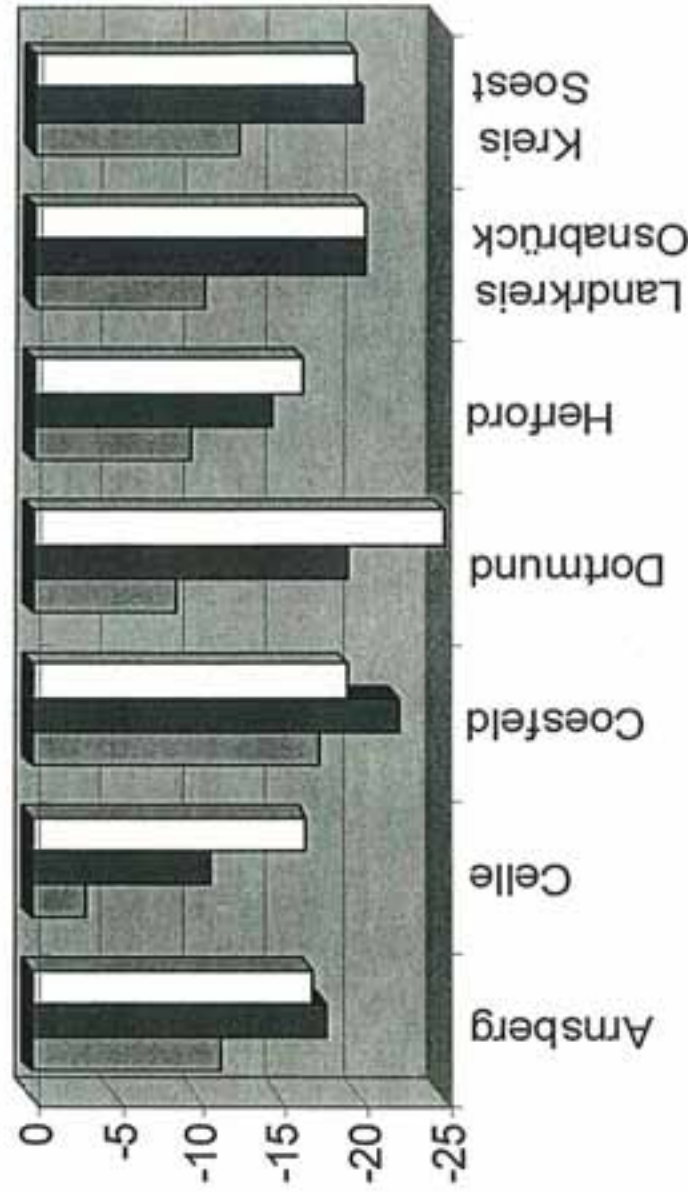
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Jahre 2005, 2010, 2015 in %



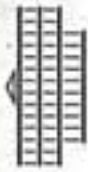


Bertelsmann Stiftung

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Altersgruppe der 0 - unter 6-Jährigen für die Jahre 2005, 2010, 2015 (in Prozent, Basis Bevölkerung 2000)

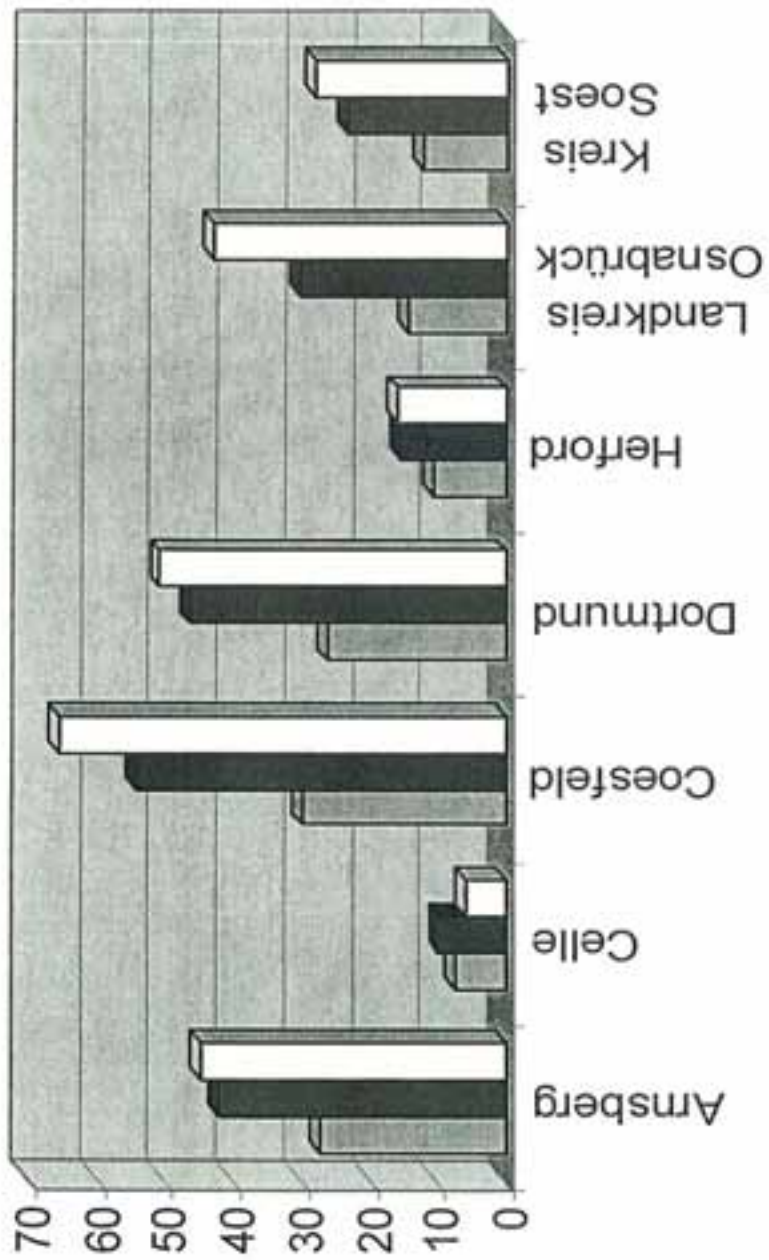


■ 2005 ■ 2010 □ 2015



Bertelsmann Stiftung

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung der über 80-Jährigen für die Jahre 2005, 2010, 2015 (in Prozent)

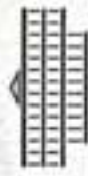


■ 2005 ■ 2010 □ 2015



Bertelsmann Stiftung

2. Auswirkungen & Handlungsfelder auf kommunaler Ebene



Der Demografische Wandel auf kommunaler Ebene ... hat schon längst begonnen

- 1,3 Millionen Wohnungen stehen in den neuen Bundesländern leer.
- In Städten wie Cottbus und Leipzig werden ganze Straßenzüge abgerissen.
- In Zahlen: Cottbus minus 12 %, Greifswald minus 17 %, Magdeburg minus 16 %, Rostock minus 18 %, ...!
- Junge und qualifizierte Ostdeutsche verabschieden sich, die älteren Einwohner bleiben.
- Die Infrastruktur in den Städten wird sich verändern: Seniorensiedlungen, Krankenhäuser, Schulen, Busverbindungen.
- In größeren Städten ist eine Stadt-/Umland-Flucht zu beobachten.

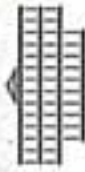


Bertelsmann Stiftung

Zentrale Erkenntnisse für die Kommunen

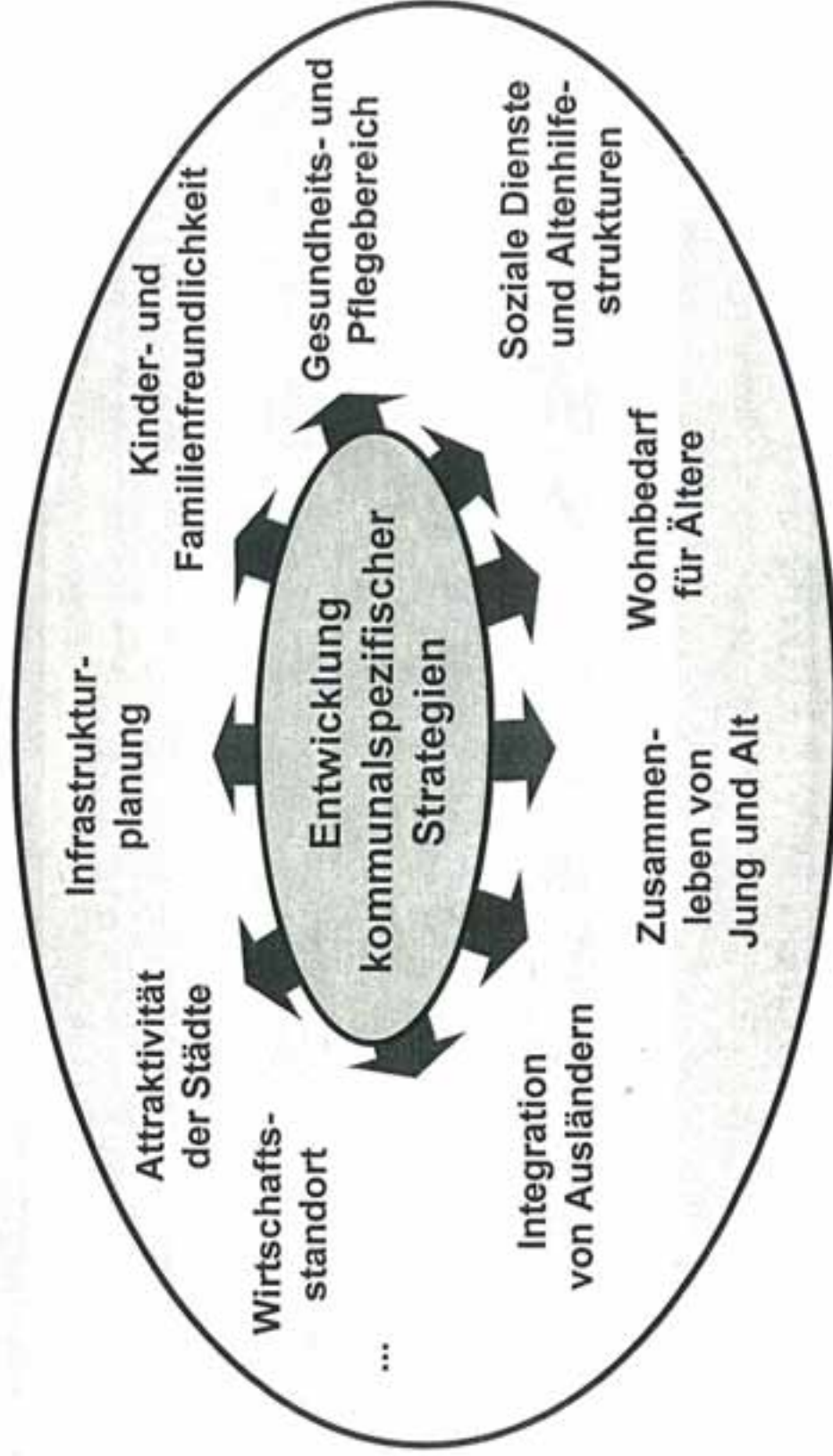
...

- Die Bevölkerungsentwicklung betrifft alle Bereiche der Stadtentwicklung, fiskalische ebenso wie wirtschaftliche und soziale Aspekte
- Bevölkerungsverluste vollziehen sich vor allem in peripheren Regionen und größeren Städten (Stadtflucht) und führen dort zu Einnahmeverlusten
- Kostenüberhänge drohen, wenn Verwaltungen und öffentliche Infrastruktur nicht zeitnah angepasst werden können
- Veränderungen in der Altersstruktur beeinflussen die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen
- Der Stellenwert von Interkommunaler Zusammenarbeit und Koordinierung öffentlicher Leistungen wird wachsen
- Großstädte haben eine besondere Problemlage



Bertelsmann Stiftung

Mögliche Handlungsfelder





Bertelsmann Stiftung

Strategieentwicklung Demographischer Wandel

**Regionale und kommunale Unterschiede
erfordern die Entwicklung ortsspezifischer
Strategien:**

1. Anpassungsstrategie

Reaktion auf die Auswirkungen des
demographischen Wandels, z. B.
Rückbau von Infrastruktur

2. Präventionsstrategie

Vorsorgliche Abdämpfung der
Auswirkungen, z. B. Förderung der
Kinder- und Familienfreundlichkeit

In der Praxis wird ein ausbalancierter Policy-Mix notwendig sein.



Bertelsmann Stiftung

Handlungsfeld: Integrierte Familienpolitik

- Inhalte einer integrierten Familienpolitik:
 - Kinderbetreuung
 - Wohnmöglichkeiten
 - Arbeitsplätze
 - Bildungsangebote
 - Integrationsmaßnahmen
 - Attraktivität der Innenstädte

Modellseminar Bundeszentrale für politische Bildung
Geldnot macht erfinderisch –
Die Kunst des Machbaren im Rathaus und in der Lokalredaktion

4. 3. 2004

„Wie retten wir Berlin?“

Bericht aus der Praxis

Susanne Leimstoll

Thesenpapier zur Tagesspiegel-Serie (9.3. – 13.4. 2003)

Berlin ist pleite, Berlin muss sparen: Das wissen alle.

Wie das gehen soll? Das weiß der Finanzsenator – behauptet er zumindest.

Was macht der Tagesspiegel daraus? Eine Serie, die die Leser anregt

zu diskutieren, Ideen zu entwerfen, zu streiten, zu schimpfen, mitzumachen.

Und dazu, den Tagesspiegel zu kaufen.

Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin, früher Finanzvorstand der Deutschen Bahn, wurde als Sparkommissar „eingekauft“. Er analysiert: Die Stadt lebt mehr als ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung über ihre Verhältnisse. Vieles gibt es doppelt – einmal im Osten, einmal im Westen. Manches davon ist überflüssig, fast jedes Ressort – das zeigt der Bundesvergleich – zu üppig ausgestattet, zu teuer finanziert. Sarrazin hat die Problemgebiete aufgereiht und ein gnadenloses Sparkonzept entwickelt. Sein Problem: Der Kahlschlag ist innerhalb des rot-roten Senats nicht durchzusetzen. Sparen wollen sie alle, die Kollegen Senatoren, aber nicht in ihrem Ressort.

Sarrazins Provokation bietet die Vorlage für den Tagesspiegel:

Da nennt einer konkrete Zahlen, konkrete Missstände, zieht konkrete Vergleiche, erhebt konkrete Forderungen. Warum also nicht Finanzpolitik zum öffentlichen Streitobjekt machen – für jeden verständlich aufbereitet. Jeden Tag, vier Wochen lang. In bekömmlichen Dosen.

Das Konzept geht auf. Die Leser sind zum Mitmachen aufgefordert, und sie schreiben, mailen, rufen an. Der Tagesspiegel druckt so viele Briefe wie möglich – eingebettet in die Serie. „Berlin retten“ wird Programmpunkt einer prominent besetzten kommunalpolitischen Tagung in Berlin. Die Zeitung setzt Themen – auch für die Haushaltsdiskussion. Parteien fühlen sich genötigt, Stellung zu nehmen. Beraterfirmen senden Ideen für Sparmodelle an die Senatsverwaltung. Die Spardiskussion ist das beherrschende Thema. Die Zeitungskonkurrenz guckt in die Röhre: So schnell kann keiner nachziehen. Der Tagesspiegel macht Auflage im Kioskverkauf.

Am Ende weiß der Leser, wie seine Stadt dasteht im Bundesvergleich, welche Opfer eigentlich nötig wären. Und er versteht, wieso Reformen gemeinhin so langsam vorankommen: Weil die Verantwortlichen sich gegenseitig ausbremsen.

Eine Serie entsteht

Schritt 1: Der Aufhänger

Wo muss das Sparkonzept für eine Stadt/ein Land ansetzen? Das weiß zum Beispiel der Finanzsenator bzw. Kämmerer. Wenn der es wagt, ins Detail zu gehen, klare Vorschläge anzubieten und sich intern und öffentlich zu streiten, liefert er den besten journalistischen Aufhänger für die Serie.

Schritt 2: Die Präsentation

- Entdecken Sie die Serie als Instrument, Auflage zu machen.
Klar ist: Der Erfolg wird nicht nur in der Redaktion gemacht. Arbeiten Sie mit der Werbeabteilung und dem Vertrieb zusammen. Spannen Sie Grafik, Fotoredaktion und evtl. die Artdirektion mit ein.
Machen Sie den Lesern Appetit auf das, was sie erwartet – auch mit Ankündigungen eine Woche, einige Tage, einen Tag vor Serienstart.
Wählen Sie einen überschaubaren zeitlichen Rahmen. Eine Serie, die in unregelmäßigen Abständen erscheint und sich lange hinzieht, langweilt nur.
- Für die redaktionelle Präsentation gilt vor allem: Das Thema gut gliedern. Welche Fragen sind wichtig, welche Positionen, welches Anschauungsmaterial? Also: Thema kurz zusammenfassen, provokante These in den Mittelpunkt stellen, die Gegenrede gut platzieren, Zahlen durch Grafiken erläutern (Vergleiche mit anderen Kommunen), ein eigenes Resümee ziehen (Kommentar). Fordern Sie die Leser auf, Ideen einzusenden, ihre Meinung zu äußern. Und: Machen Sie sie neugierig auf die nächste Folge („So geht es weiter“).
Überlegen Sie, wie Sie die Themen eventuell in Zwischenfolgen vertiefen können (Wo sind die Menschen, die die Sparbeschlüsse treffen würden? Wo lägen die Vorteile, wenn gestrafft würde?)
Entwickeln Sie eine eigene Fotoidee für die Serie. Im Fall Tagesspiegel war es das Motiv des Rettungsrings, das sich durch die Fotostrecke zog und auch im Logo und auf der Leserbriefseite wieder auftauchte.
- Wenn Sie die Möglichkeit haben: Bieten Sie Ihre Serie auch online an.

Schritt 3: Die Dramaturgie

Die Serie sollte sich keinen Durchhänger leisten.

Also: Auf einen spannenden Themenmix achten, überraschende Zwischenfolgen einplanen, Aktuelles einbeziehen. Von vornherein Seiten mit Leserreaktionen einkalkulieren und sie im Rahmen der Serie liebevoll präsentieren - also nicht auf der Leserbriefseite. Eventuell eine eigene Veranstaltung anbieten.

Schritt 4: Die Durchführung

Sie brauchen einige Wochen Vorbereitungszeit, vor allem, wenn die Serienfolgen täglich erscheinen sollen. 2 Leute als Kernteam reichen aus, einer von ihnen sollte sich mit Layout und Präsentation auskennen. Für die Beiträge der einzelnen Folgen gewinnen Sie natürlich die Kolleginnen/Kollegen aus der eigenen Redaktion, evt. auch aus Redaktionen des überregionalen Teils. Machen Sie einen verbindlichen Terminplan: Wann erscheint welche Folge? Das ist schon wegen der Werbeaktionen wichtig!

Setzen Sie den zuarbeitenden Kollegen Fristen, wann die Texte vorliegen müssen. Ein Teil der Zeit geht drauf, um Texte, Grafiken, Fotos „einzutreiben“. Ein bis zwei Seiten sollten immer vorproduziert sein. Trotzdem flexibel bleiben: Sollte zwischendrin eine wichtige Haushaltssitzung stattfinden, eine neue Beschlusslage eintreten, sollten Sie reagieren können. Verbannen Sie neue Entwicklungen also nicht auf die aktuellen Seiten Ihres Blattes, sondern beziehen Sie sie in die Serie ein.

Zum Schluss:

Was das kostet?

Den Verlag / Ihre Redaktion: nichts, wenn Sie alles mit Bordmitteln bestreiten.

Sie: allenfalls Nerven. Richten Sie sich auf eine Strecke mit brutalen Arbeitszeiten ein.

Aber Sie wissen ja: Der Erfolg wird Sie glücklich machen.



Geldnot macht erfinderisch

Ideen aus dem
DREHSCHIEBE-Archiv

Weitere Infos: Heike Groll
T. 0228/40 38 76
F. 0228/47 76 67
info@drehscheibe.org
www.drehscheibe.org

Auf neuen Wegen: Virtuelles Rathaus

Behördengänge kosten Zeit, zuweilen auch Nerven. Elektronische Verwaltung und virtuelles Rathaus sollen das ändern. Klaus Elsen leuchtet aus, was eGovernment bereits leistet und was noch getan werden muss.

Behördengänge sind vielen Menschen ein Graus. Ob man in eine andere Stadt zieht oder nur umzieht, sich ein neues Auto gekauft hat und anmelden möchte, eine größere Mülltonne will, ein Gewerbe anmelden möchte oder sich einen Hund zugelegt hat - in der Vergangenheit und vielfach auch heute noch war und ist das mit einem Besuch im Rathaus oder bei einer Behörde verbunden. Doch das soll sich ändern. Elektronische Verwaltung (eGovernment) und virtuelles Rathaus sind die Zauberwörter, mit denen öffentliche Verwaltungen den Bürgern eine rosige Zukunft versprechen: Im digitalen Zeitalter sind nicht mehr die Bürger unterwegs, sondern nur noch die Daten. Und die Verwaltungen versprechen sich eine höhere Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsabläufe sowie eine verbesserte Service- und Kundenorientierung.

Nutzwert in Grenzen

Doch in der Praxis steckt das virtuelle Rathaus noch in den Kinderschuhen. Alle Kommunen, Behörden und Ministerien haben zwar mittlerweile ihre mehr oder weniger gelungenen Internet-Auftritte, aber abgesehen von freundlichen Grußworten des Bürgermeisters oder Selbstdarstellungen der Kommunen hält sich der Nutzwert der Internetseiten für die Bürger häufig in Grenzen. Zwar stellen die Rathäuser mittlerweile immer mehr Formulare und Vordrucke zum Download bereit, den Rückweg ins Rathaus müssen die Papiere aber auf traditionellem Wege antreten: per Post oder per Besuch des Bürgers. Vollerorts gibt es zwar Bürgerinformationssysteme (BIS), doch allzu häufig

sind sie wenig nutzerfreundlich aufgemacht. Die Navigation ist oft verwirrend und unhandlich.

Modellstädte

Die Öffentliche Hand bietet den Bürgern bislang zwar eine schöne bunte Web-World, aber dahinter verbirgt sich kaum echtes eGovernment. Das geht auch aus einer Studie der Europäischen Union („eEurope“) hervor. Darin belegte Deutschland in Sachen digitale Bürgerdienste nur den 13. Platz - noch hinter Ländern wie Island und Estland.

Um auch in Deutschland eGovernment nach vorne zu bringen, hatte das Bundeswirtschaftsministerium den Städtewettbewerb „Multimedia Media@komm“ ausgerufen. In den drei Siegerstädten Esslingen, Nürnberg und Bremen wurde bis zum Ende des vergangenen Jahres modellhaft die virtuelle Stadt mit digitalem Rathaus und Online-Marktplatz entwickelt.

An der Entwicklung von eGovernment-Lösungen arbeiten auch zahlreiche Institute der Fraunhofer-Gesellschaft mit. So hat das in Schloss Birlinghoven bei Sankt Augustin beheimatete „Fraunhofer-Institut für Sichere Telekooperation“ (SIT) das Projekt „Skout“ aufgelegt, in dem es um die Entwicklung von sicheren elektronischen Signaturen geht. Skout steht für „Sicheres Kommunales Unternehmen im Internet - Technologie für interaktive kommunale Dienste“. Denn das ist wichtig für den Online-Formular-Verkehr: Ohne eine elektronische Signatur, gewissermaßen die unverwechselbare digitale Identität des Bürgers, wird eGovernment in den Anfängen stecken bleiben. Nur mit einer elektronischen Identitätsprüfung



Klaus Elsen ist stellv. Leiter der Lokalredaktion Siegburg des General-Anzeigers, Bonn.

Foto: privat

der Kunden beziehungsweise der online zugesandten Dokumente können die in der Behörde auch weiter bearbeitet werden.

Datensicherheit?

„Skout“ ist ebenfalls Teil des Projektes Media@komm und wurde in Esslingen unter anderem erfolgreich für die Bereiche Anwohnerparkausweise, Gewerbeanmeldungen oder Fundbüro getestet. Doch wie sicher ist es, Anträge online ins Rathaus zu schicken? Sind die Daten vor Manipulation geschützt? Können Unbefugte die Daten einsehen? Wie kann die Verwaltung überprüfen, dass tatsächlich Herr Meyer und nicht Frau Schmitz einen Hund anmelden will?

eGovernment wird sich nicht durchsetzen, solange diese Fragen nicht geklärt sind, das wissen auch die SIT-Forscher. Sie haben deshalb ein Verfahren für eine angeblich sichere und eindeutig zu identifizierende elektronische Signatur entwickelt. Man benötigt eine Smartcard, die dem neuen Signatur-Gesetz entspricht, einen Kartenleser und ein Computerprogramm zur Erstellung einer persönlichen Signatur. →

Spaziergang durch Hildopoly

Wie kann man Bürgern den kommunalen Haushalt näherbringen und sie zum Mitmachen ermutigen?

Anke Vehmeier stellt ein Modellprojekt der Bertelsmann-Stiftung vor.

→ Das Problem: Allein der Kartenleser kostet schon rund 50 Euro. Kaum ein Bürger wird bereit sein, diese zusätzlichen Kosten zu tragen.

„Virtuelle Medien als Chance für die Stadt der Zukunft“ heißt ein Forschungsprojekt der Bertelsmann-Stiftung, bei dem Bürgermeister und Oberbürgermeister von 190 deutschen Städten mit mehr als 50000 Einwohnern zum eGovernment befragt wurden. Drei Viertel der Stadtoberhäupter messen dem Umbau der Verwaltung sehr große Bedeutung bei. Rund 72 Prozent erwarten darüber hinaus eine stärkere Orientierung der Verwaltung an den Wünschen und Anliegen ihrer Kunden. Die entscheidenden Ziele, so die Studie, seien höhere Bürgerzufriedenheit (73 Prozent) und ein besserer Service für die Wirtschaft (69 Prozent). Als Hindernisse auf dem Weg zum Virtuellen Rathaus werden finanzielle Probleme sowie die Schwierigkeiten mit der digitalen Signatur genannt.

Weitere Infos:

www.mediakomm.net

www.egov-zentrum.fraunhofer.de/

www.kommforum.de

www.difu.de

kontakt

Klaus Elsen
General-Anzeiger/Siegburg
T. 0 22 41/120 12 02
Klaus-Elsen@t-online.de

Die Kinder liefen begeistert auf das Feuerwehrauto zu und staunten. Auch die Erwachsenen staunten, aber weniger über die Technik, vielmehr über das Schild am Wagen: 259 440,27 Euro kostet so ein Einsatzfahrzeug, wie es vor der Turnhalle in Hilden stand. In der Sportstätte erwartete die Besucher die Stadt Hilden im Kleinformat. Wie bei Monopoly konnten die Bürger von Station zu Station gehen und ihre Stadt kennenlernen. Aber nicht die Einkaufsstraßen und Hotels standen im Mittelpunkt, sondern die städtischen Einrichtungen. In weißen Party-Pavillons präsentierte sich die Stadtverwaltung mit allen ihren Fachabteilungen und Einrichtungen. In einem Zeit informiert die Stadtwerke, im nächsten präsentierte die Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nicht-Behinderte ihre Arbeit. Neben den kleinen Kaninchen, die sie aus einem Projekt mitgebracht hatten, prangte ein Schild und störte die Idylle: „Wussten Sie, dass wir pro Jahr pädagogische Angebote für ca. 19200 Besuchskinder durchführen und dass Sie das als Hildener Bürger durchschnittlich vier Cent pro Jahr kostet?“

Der Haushalt zu Anfassen, zum Greifen und Begreifen, was eigentlich alles zu einem kommunalen Gemeinwesen gehört, was es kostet und wie es finanziert wird, das konnten die Bürger in ihrer Turnhalle erfahren. „Hildopoly – kommunaler Haushalt kinderleicht“, lautete das Motto dieser ungewöhnlichen, aber sehr eindrucksvollen Idee innerhalb des Projektes „Kommunaler Bürgerhaushalt“ des nordrhein-westfälischen Innenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung. Am Ende des Haushaltsjahres 2003 wollen die Organisatoren Bilanz ziehen und die Erfahrungen

aus dem Projekt publizieren. Im November 2000 war das Projekt ins Leben gerufen worden, das Wege erproben soll, den Bürgern den kommunalen Haushalt näher zu bringen und sie zu aktiver Mitarbeit zu ermutigen.

Ähnliche Modelle gibt es in Süddeutschland. Sechs nordrhein-westfälische Städte – Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Monschau am Rhein und Vlotho – wurden ausgewählt. Dort waren die Bürger bereits früher an Verwaltungsentscheidungen beteiligt worden. Die Projektstädte informierten ihre Bürger mit Broschüren, Fragebögen, im Internet und in Versammlungen. „Woher bekommen die Kommunen ihr Geld? Wofür geben sie es aus? Wie ist die finanzielle Lage? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen überhaupt?“

In den Versammlungen wurden Haushaltsfragen erörtert und Verbesserungsvorschläge gemacht. Diese wurden den Stadträten vorgelegt und diskutiert. Damit die Bürger die Entscheidungen verstehen konnten, wurde jeweils erläutert, warum welche Vorschläge angenommen oder verworfen wurden. Die Ergebnisse wurden über die Presse, in Broschüren und im Internet transparent gemacht. Die Bürger, die selbst Vorschläge gemacht haben, wurden angeschrieben. Alle beteiligten Kommunen unterliegen einem Haushaltssicherungskonzept. Durch die Information und Transparenz haben die Bürger Vorschläge gemacht, die kostenbewusst waren. Teilweise haben sie sogar auf Leistungen der öffentlichen Hand verzichtet.

Weitere Infos:

www.buergerhaushalt.de

Arbeiten für die Kunden: Das »entspannte Rathaus« als Modell

Die Daten laufen lassen und nicht die Bürger

Eine Serie von Frank Nipkau (Texte) und Ralph Schieke (Fotos)

Nur fünf Minuten falsch geparkt und schon ein Knöllchen. Hans Engels ist ganz schön sauer. »Das laß ich mir nicht bieten«, schimpft er, stürmt ins Rathaus, Erdgeschoß, in das offene Großraumbüro und meckert einen der nichtsahnenden Beamten an: »Erst verschwinden die Parkplätze und dann kassiert ihr ab.« Wie soll der gute Mann hinter dem Schalter nun reagieren? Zurückschimpfen, das bringt nur zusätzlichen Zorn. Die Situation entkrampfen, aber

Die Daten laufen lassen, nicht die Bürger.« Nach diesem Motto funktioniert das Modell. Das Bürgeramt ist die erste Anlaufstelle für fast alle Angelegenheiten einer Kommune. Das lästige Laufen von einem Amt zum nächsten entfällt. »Die Atmosphäre ist einfach viel entspannter und stressfreier«, sagt Monika Kistorz.

Das fängt schon bei den Räumlichkeiten an: Ein helles, freundliches Großraumbüro mit etwa 250 Quadratmetern im Erdgeschoß des Unnaer Rathauses. 15 Arbeitsplätze verteilen sich locker über den Raum. Info-Material am Eingang, eine Spielecke für die Kinder, gutes Mobiliar. »Auch das Outfit stimmt«, erzählt Frau Kistorz. »Schon damit zeigen wir dem Bürger, daß er ernst genommen wird.«

Wer in das Amt kommt, kann frei wählen, an welchem Schalter er be-

dient werden will. Denn die Mitarbeiter im Bürgeramt können (fast) alles. Mehr als 30 verschiedene Leistungen zählt ein Faltblatt auf: Von A wie Anmeldung über Hundesteuer, Öko-Ticket, Rentenangelegenheiten bis zu W wie Wohngeldanträge. Das alles wird schnell und kompetent erledigt. Wird es gelegentlich kompliziert, dann wird der Bürger – gut informiert – an das Fachamt verwiesen.

Fast zu jeder Tageszeit können die Unnaer kommen. 41 Stunden in der Woche hat das Bürgeramt geöffnet. Am Donnerstag sogar bis 18.00 Uhr. »Unsere langen Öffnungszeiten rechnen sich«, sagt die Amtsleiterin. »Wir sind immer ausgelastet.« 7 500 bis 9 500 Kontakte werden im Bürgeramt und seinen vier Außenstellen jeden Monat gezählt. Zum Vergleich: 63 000 Einwohner hat die Stadt Unna.

wie? »Auf so eine Lage bereiten wir unsere Mitarbeiter vor«, sagt Amtsleiterin Monika Kistorz. Körperhaltung, Gestik, Sprache, auch das muß stimmen bei den Mitarbeitern im Bürgeramt der Stadt Unna. Schließlich soll sich das Verhältnis zwischen den Beamten und ihren »Kunden« entspannen. Prompte freundliche Bedienung, den Bürger ernstnehmen und in fast allen Angelegenheiten der Stadt beraten – mit dieser Philosophie macht das Bürgeramt Schule. Ein Modell auch für Minden oder Porta?

Nicht nur bei den Bürgern auch bei den Beschäftigten im Rathaus ist die Arbeit Bürgeramt beliebt, vor allem bei den jungen Mitarbeitern. »Hier lernt man mit moderner Technik umgehen und im Team zu arbeiten«, sagt Frau Kistorz. Breites Wissen ist ein Muß, auf Fortbildung wird bei den 20 Sachbearbeitern großer Wert gelegt. Die Arbeit im Bürgeramt ist oft ein erster Schritt auf der Karriereleiter.

Ein Amt für alle Fälle

Seit zehn Jahren gibt es das Modell Bürgeramt in Unna. Inzwischen findet es auch in anderen Städten immer größeren Anklang. »Wir haben auch schon einmal darüber nachgedacht«, sagt Portas erster Beigeordneter Friedel Kühme. »Doch das können wir uns momentan finanziell überhaupt nicht leisten.« Denn geeignete Räume, moderne Technik und geschultes Personal – all das macht das Bürgeramt erfolgreich und zugleich aber teuer. Zumindest beim Start.

Dabei würde gerade in Porta Westfalica bei nur einer Anlaufstelle die Verwaltung übersichtlicher werden. Bisher sind die Ämter in verschiedenen Gebäuden quer über Hausberge verstreut und ziehen immer wieder um. Auch im Mindener Rathaus irrt so mancher auf der Suche nach dem richtigen Zimmer umber, ehe er feststellen muß, daß für Beglaubigungen das Ordnungsamt in der Kampstraße zuständig ist. Die SPD in Minden hatte deshalb auch das Modell Bürgeramt entdeckt – vor den Wahlen. Manchmal helfen schon einige kleinere Veränderungen, um den

Bürgern zu helfen. Denn die sind gar nicht so unzufrieden. Das hat Heinz Kirstein, Chef des Einwohnermeldeamtes in Castrop-Rauxel, festgestellt. Dort werden die Kunden regelmäßig befragt.

Das Ergebnis überrascht: Das Image der Verwaltungen ist zwar allgemein schlecht. »Der ganze Frust der Bürger macht sich am Rathaus fest«, sagt Kirstein. Doch angesprochen auf den konkreten Besuch im Amt, sind die Bürger meist zufrieden.

Die Änderungswünsche sind eher bescheiden. Bessere Wegweiser Verwaltungsgebäude und längere Öffnungszeiten, besonders am Donnerstag, stehen ganz oben auf der Liste. In Minden hat man bereits reagiert. Die Verwaltung hat jetzt auch nachmittags Sprechzeiten. Ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Im Städte-Vergleich: Öffnungszeiten der Ämter

Wieviele Stunden sind die Einwohnermeldeämter unserer Städte und das Straßenverkehrsamt des Kreises in der Woche geöffnet? Wir haben nachgefragt. Hier die Ergebnisse zusammen mit drei vergleichbaren Kommunen:

1. Unna	41 Stunden
2. Gütersloh	33 Stunden
3. Minden	32,5 Stunden
4. Castrop-Rauxel	28 Stunden
5. Petershagen	26 Stunden
Porta Westfalica	26 Stunden
7. Kreisverwaltung	25,5 Stunden
8. Hille	25 Stunden

Hinweise auf Zuständigkeiten, Adressen und Telefon-Nummern der Rathaus-Ämter enthalten das Telefonbuch und die »Gelben Seiten«. Manche Städte bieten einen Führer durch ihren Verwaltungs-Dschungel. Die Gemeinde Hille hält eine Broschüre bereit. In Minden gibt es ein kleines Heft sinnigerweise bei der Touristeninformation. In Porta liegt in manchen Amtsstuben ein Din-A-4-Blatt mit einem Lageplan. »Den kann ich Ihnen allerdings nicht anbieten«, hieß es im Portaner Rathaus. »Der Plan ist veraltet.«

Die Türen der Amtsstuben öffnen sich

Dienstleistungsunternehmen Rathaus

Moderne Verwaltungen versuchen, auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einzugehen, sprich: kundenorientierter zu werden. Das Beispiel der Stadt Arnberg zeigt, welche Vorteile das mit sich bringen kann für die Bürger und die Lokalredaktion.

Von Theo Hirnstein

Das Rathaus: Machtzentrale im Städtchen, Verwaltungstempel und manchmal Märchenschloß. Immer auch ein wenig geheimnisvoll. Verschlungene Pfade, die Liebe zu Vorgängen zwischen Aktendeckeln – da mündet die Bitte des Lokaljournalisten um eine ganz normale Information nicht selten in harter Recherche. Verwaltungsbedienstete und Redakteure – sie schätzen einander nicht unbedingt. Und zudem mischen Parteien und Fraktionen im Rathaus oft mehr mit als sie eigentlich sollten. Das Dreieck Kommunalverwaltung, Politik, lokale Presse – es ist oft problematisch.

So ist das in deutschen Städten und Gemeinden. Normalerweise. Doch die Zahl jener Kommunen wird größer, die ihre Verwaltungen modernisieren. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass über viele Jahre in den Rathäusern Strukturen entstanden sind, die weder effektiv noch kundenfreundlich sind und am Ende auch zu teuer.

Neues Profil für 150 Kommunen

Das Verwaltungsmodell der niederländischen Stadt Tilburg und der von der Bertelsmann-Stiftung Anfang der 90er Jahre weltweit ausgelobte Wettbewerb zum Vergleich der Leistungsfähigkeit von Kommunalverwaltungen haben in bundesdeutschen Rathäusern Prozesse in Gang gesetzt, die Fachleute, Politiker und inzwischen auch Journalisten beschäftigen. Es wird an einem neuen Profil gearbeitet: Die Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen, der Bürger als Kunde und vor allem mehr Transparenz nach innen und außen.

150 Städte und Gemeinden gehören inzwischen dem von der Bertelsmann-Stiftung initiierten "Vergleichsring" an. Sie haben Leitbilder für ihre Verwaltungen erarbeitet, tauschen Erfahrungen aus und: sie messen ihre Leistungen.



Theo Hirnstein ist Leiter der Lokalredaktionen Sauerland, Arnberg, Arnberg-Neheim und Sundern der „Westfalenpost“. Tel. 02931/898122

Beispiel Arnsberg

Die Stadt Arnsberg in Westfalen mit 83.000 Einwohnern wurde 1975 im Rahmen der Kommunalreform in Nordrhein-Westfalen aus zwei beinahe gleich großen Städten und zwölf Umlandgemeinden zu einer Verwaltungseinheit zusammengelegt. Schon bald zeigte sich, dass eine zentral angesiedelte Verwaltung den Ansprüchen der Bürger nicht gerecht werden konnte. 1993 wurde der Umbau in ein modernes Dienstleistungsunternehmen eingeleitet. Spät, aber nicht zu spät.

Der Gemeinderat hat die Modernisierung im Grundsatz beschlossen. Das bedeutet: Die Politik kommt ihrem klassischen Auftrag nach, die Richtlinien zu bestimmen und kritisch und konstruktiv zu begleiten, was die Verwaltung aus sich selbst heraus entwickelt. So entsteht Schritt für Schritt eine neue Kommunalspitze: Politik und Verwaltung finden sich in neuen Rollen wieder. Und die Beobachter solcher Prozesse, die Lokaljournalisten? Sie nehmen staunend zur Kenntnis, dass eine Verwaltung, die mehr denn je den Bürgern etwas erklären möchte, sogar partnerschaftliche Ambitionen zeigt: Wir haben, heißt es im Rathaus heute, unseren Job zu machen und ihr euren – in gegenseitigem Respekt vor dem Auftrag der jeweils anderen Seite.

Moderne Verwaltungen sind mitteilbarer als herkömmliche. Das liegt daran, dass sie ihre Leistungen "verkaufen", das heißt, darstellen möchten. Bemerkenswert ist die zunehmende Offenheit, mit der das geschieht. Positi-

ves wird ohnehin gern verkündet, Negatives aber auch nicht verkleistert. So ist das jedenfalls in Arnsberg. Lange Märsche durch die Instanzen oder die zentrale Erfassung von Fragen gibt es nicht mehr. In Arnsberg ist inzwischen jeder Sachbearbeiter gegenüber der Presse auskunftsberechtigt. Das geht schnell und vermeidet Unschärfen durch die klassische Überlieferung von unten nach oben (Sachbearbeiter informiert Amtsleiter, Amtsleiter informiert Pressesprecher, Pressesprecher informiert Dezernent Stadtdirektor oder Bürgermeister, und – endlich – auch die Lokaljournalisten).

Eine Verwaltung, die nichts hinterm Berg hält, setzt zu allen wichtigen Themen Pressekonferenzen an. Das können Auswirkungen von Ratsentscheidungen sein oder strukturelle Veränderungen, etwa die Abschaffung eines der klassischen Ämter im Rathaus. Alles kommt rüber: "good news" wie die Verleihung eines Preises für die zukunftsorientierte Verwaltungsreform oder "bad news" wie staatsanwaltliche Ermittlungen gegen den Ersten Beigeordneten wegen Untreue.

Grundpfeiler Stadtbüros

Grundpfeiler einer modernen Verwaltung sind die Stadtbüros, Anlaufstellen für die Bürger, Rat-Häuser im Sinn des Wortes, in denen alles zu regeln ist: Eheschließung, Ab- und Ummeldungen, Ausweisverlängerungen, Karten für Kulturveranstaltungen, Bauanträge, Parkausweise. "Front office" nennen die Experten den Tante-Emma-Laden kom-

munaler Dienstleistungen. Das alte Rathaus, nunmehr "Back-office", ein Hintergrundbetrieb, wo nur noch das hergestellt wird, was draußen in der Auslage liegt. In den Stadtbüros arbeiten Teams, die für sich selbst ein Leitbild entwickelt haben, um Bürgerwünsche schnell und unbürokratisch zu erfüllen und wirtschaftlich zu arbeiten. Beispiel: Die Stadt Arnsberg schreibt von sich aus Bürger an, deren Personalausweise ablaufen. Das ist erstens ein bemerkenswerter Service, der zweitens auch noch Geld spart, denn die Ausstellung eines Ersatzdokuments kostet mehr als die Gebühr, die die Stadt dafür erheben kann.

Personalabbau ist noch keine Reform

Neue Organisationsformen straffen die Arbeit und ziehen Fragen nach dem Personalbestand nach sich. Doch Stellenabbau allein darf nicht als Reform missverstanden werden. Wichtiger ist die gute Arbeit.

Ein weiterer Kernpunkt der Verwaltungsreform ist der (in Arnsberg gelungene) Versuch, Wünsche, Ratschläge und auch Kritik der Bürger und der Lokalpresse aufzunehmen und sie sich zur Qualitätsverbesserung nutzbar zu machen. Zur Verwaltungsreform gehören inzwischen auch Sozialbüros. Die moderne Stadtverwaltung will die Lebenswelt ihrer Bürger erkennen, mitgestalten, verändern und Hilfesysteme aufeinander abstimmen. Vorbei die Zeit, in der Einzelfälle nach vorgegebenem Verwaltungsweg von oben nach unten

abgearbeitet wurden – und das schön der Reihe nach.

In dieselbe Richtung zielt das "aktive Beschwerdemanagement". Der Gedanke dabei: Hinter jeder Klage, hinter jeder Beschwerde steckt eine Information. Kostenlose Unternehmensberatung nennt der Stadtdirektor diese Form der Bürgerbeteiligung: Auch Leserbriefe, Berichterstattung in den Lokalzeitungen über Missstände oder auch kritische Kommentare – alles fließt in dieses Management mit ein. Das erhöht die Zufriedenheit der Kunden, vermeidet weitere Fehler und trägt zur Qualitätsverbesserung der Verwaltung bei.

Was Lokalredaktionen lernen können

Lokaljournalisten sind gut beraten, sich mit dem Thema Verwaltungsreform zu beschäftigen und sie kritisch zu begleiten. Und sich vor allem zu fragen, was sie selbst als Teil des Dreiecks Politik-Verwaltung-Medien daraus lernen können. Wäre nicht eine Anleihe beim Anregungs- und Beschwerdemanagement eine gute Sache für die Lokalredaktion? Das, was in modernisierten Kommunalverwaltungen als kostenlose Unternehmensberatung geschätzt wird, könnte lokalen Medien kostenlose Inhaltsberatung mit dem Ziel der kundenorientierten Produktverbesserung sein: Der Leser-Bürger als Kunde eines Informations-Dienstleistungsbetriebes statt eines passiven Konsumenten dessen, was ihm vorgesetzt wird.

Lokalredakteure, die sich mit der Reform von Kommunalverwaltungen beschäftigen möchten, sollten Vergleiche anstellen, sich umhören, wo Verwaltungen modernisiert werden, ob die

Größenordnungen und die städtischen Strukturen einander entsprechen. Wer macht wo was? Was wäre gut für die eigene Stadt, was weniger gut? Was hat sich wo bewährt?

Befähigte Besennte brüten im Amtstutten über kryptischen Auftragsbestimmungen. Rechtzeitig vor der Mittagssuppe wird das Telefon ausgehängt, um praktisch zum ausgehenden Sachbearbeiter-Krankchen in der Kantine zu erscheinen. Danach folgt die Vorbereitung auf den heiligen Feiertag. So stellt sich der fleißige Ottomannsbereiter an der Arbeitstafel in Münchener Aalen vor. Doch der Scheitert trägt. Denn die Anzeichen der Stadtverwaltung sind wahrgenommen, ständig über Verbesserungsvorschlägen: brühtend, um alles noch besser, stilliger und bequemer zu machen. „Die Stadt kann sich selbst zu

Der Licht-Schoner

Manfred Zöllner, Schul- und Kulturreferent, zitiert die Tansperen in den Videobesicht an unseren Berufs-schulen 1999. Inzwischen ist durchhalten. Wie hatten aber Ausfälle oft schon nach 100 Stunden, weil durch das erdende Eis- und Ausschalten die Lampen zu heiß werden. Bei einem Preis von 1000 Mark pro Lampe kostet die Stadt eine Menge Geld. Um die Lampen zu schonen, habe ich vorgeschlagen, eine Nachleuchtsteuer in die Dezent einzubauen. Damit kann man die Lüftung laiden lassen, auch wenn das Gerät ausgeschaltet ist. Dann habe ich selbst eine kleine Leuchtplatte gefertigt, und die beiden wir jetzt im alle Geräte ein. Bei den ersten 20, die bereits damit ausgestattet sind, haben wir erheblich weniger Ausfälle. Weitere Verbesserungsvorschläge habe ich in Arbeit, aber es ist nicht immer so einfach.“
Einsparung: keine Berechnung. Fräse: 2150 Mark.

Der Grab-Engel

Gerhard Katschauer, Friedhofverwalter, blüht 200 Menschen pro Jahr werden in München tot aufgefunden, von denen man keine Angehörigen kennt. Darum habe ich angeregt, in den Zeitungen Aufträge zu veröffentlichen, wer zu den Personen Angaben machen kann. In 99 Prozent der Fälle sind wir damit erfolgreich und können den Toten ein würdiges Begräbnis ermöglichen. Das sind oft alte Stammesfreunde oder Kollegen, aber in vielen Fällen auch Angehörige. Deshalb spare ich die Verträge auch Geld. Denn die Bestattungskosten von 4000 Mark tragen die Angehörigen zu spät zahlen, müssen wir auch oft die Leiche wieder ausgraben und verlegen. Vor allem ging es mir aber um den menschlichen Aspekt. Ich bin leidenschaftlicher Beerdiger, und eine Beerdigung ist keine Mühseligkeit.“
Einsparung: knapp 100 000 Mark pro Jahr. Fräse: 40 000 Mark.

Wir können auch billig

Durch Verbesserungsvorschläge der Mitarbeiter spart die Stadt in diesem Jahr 7,5 Millionen Mark

„sicheren Angestellten qualifizieren“, freude sich Bürgermeisterin Gertraud Buchner bei der gestrigen Dankfeier für 112 Mitarbeiter, deren Erfolge und Anregungen von der Stadt in diesem Jahr gekennzelter wurden.

Denn noch nie haben die Angestellten in den Jahren so viel geleistet und gearbeitet. Noch nie haben sie im Rahmen der 1993 eingeführten Betriebskassen Ver-

schlagsvorschläge eingereicht. Über 187 Vorschläge wurde entschieden, 32 davon konnten umgesetzt und belohnt werden. Weitere 200 wurden derzeit noch bei der Prüfungskommission und warten auf die Entscheidung. Über diesen Erkenntnisprozess, der sich nicht nur die Stadt freut, sondern auch der Wirtschaft, haben alle Beteiligten im Jahr 2001 durch die Vorschläge

Kosten von 7,5 Millionen Mark eingespart. Und das ist noch nicht alles. „Viele Vorteile, etwa die Verbesserung des Umweltschutzes, des Bürgerverkehrs oder der Gebäudesicherheit, lassen sich nicht in Zahlen messen“, so Buchner.

Kid Wunder das, dass sich im Nachhinein der Kassenführer nach dem Jahr 2001 als „Bürgermeister“ wurden in einem Jahr 242.219 Mark absparten

ausgereicht. Erst 1999 stockte der Stadtrat die Obergrenze von 20 000 auf 40 000 Mark auf, um den Anreiz zum Mitdenken zu erhöhen. Seitdem können auch außergewöhnliche Verbesserungsvorschläge, die in den unmittelbaren Aufgabenbereich eines Angestellten fallen, wenigstens mit einer Teilprämie belohnt werden. Einziges Kriterium: die Steigerung. Von den Beiträgen bleibt danach nur



Von Schneelöwen und See-Einhörnern

410

Alle Menschen können oder unsere Einbildung im Werk nutzen +++ Grafikfoto & Verpflügung +++

Der Regen-Rechner

Peter Seesattel, Bauleiter Kärntner Großanlagen, Monatelang habe ich in einem Verfahren geteilt, wie sich die Menge des jährlich anfallenden Schmutzwassers effizienter berechnen lässt. Für die Stadt ist das wichtig, weil sich daraus die Höhe der Abwassergebühren ergibt, die an den Freilicht-Bayern abgeholt werden. Kärntner ist die Trennung von Schmutzwasser, das bei trockenem Wetter anfällt, und in gemäßigtem Mischwasser, wenn auch Niederschläge in die Kanalisation fließen. Früher wurde bei jedem Regentag mit einem Nachschäufel kalkuliert, wenn es aber richtig schneit, braucht das Regenwasser länger, bis es abgelaufen ist. Mit meiner Methode kann man das genau berechnen und hat die Daten jeden Tag auf dem Bildschirm. Bevor ich den Vorschlag abgegeben habe, wurde er schon in der Praxis getestet.“
Einsparung: 450 000 Mark im ersten Jahr. Fräse: 25 000 Mark.

Der Wasser-Filterer

Harzer Hahn, Amt für Abfallwirtschaft: „Ich habe mit einem Kollegen einen Vorschlag zur Reinigung der Rückwasser für die Mülldeponie NordWest entwickelt. Es gab zwar bereits ein festes Planungskonzept für das Verfahren, doch das wäre eine wirtschaftliche Katastrophe gewesen. Mit unserer Version haben wir die Kosten von 100 Mark pro Kubikmeter Rückwasser auf weit unter 30 Mark gedrückt. Damit spart die Stadt bei rund 100 000 Kubikmeter Verunreinigung Wasser eine Menge Geld. Mit unserem Verfahren müssen nur noch 40 000 Kubikmeter die kostspielige Reinigungsprozess durchlaufen, die andere Hälfte fließt direkt ins Klärwerk. Außerdem haben wir den Prozess mit Bioraktoren und Aktivkohle so gestaltet, dass keine Pestizide anfallen. Sechs Jahre haben wir daran getüftelt.“
Einsparung: Betriebskosten von 4,6 Millionen pro Jahr, Fräse: 34 000 Mark.

mehr die Hälfte übrig“, sagt Ingrid Schwarz-Krieger, Sprecherin des Personals. „Daran gibt es jetzt die Möglichkeit, statt kleineren Geldstrafen bis zu drei Tage Urlaub zu bekommen.“

Mittlerweile wurde das städtische Ideenmanagement auch von anderen Kommunen mit Interesse beobachtet, sagt sie stolz hinzu. „Wenn es im Personalbereich nicht Leute gäbe, die unsere Ideen durchsetzen können, würde alles sicher viel länger dauern“, lacht einer der Präzisions. „Denn nicht überall sind Vorschläge gerne gesehen, die nicht vom Chef selbst kommen.“

Martin Hübner/Photo: In (2), oben

So werden die Bürger mit Gebühren abgezockt

Verwaltungen lassen sich ihre Dienste zusätzlich bezahlen

Hameln (böt). Vater Staat steht im Dienste des Bürgers, und das lässt er sich teuer bezahlen. Neben Steuern und Beiträgen, Eintrittsgeldern und Benutzungsgebühren darf der Bürger zusätzlich Verwaltungsgebühren kassieren. Ob Heiraten, Gesundheitszeugnis oder Ersatz des verloren gegangenen Führerscheins – für ihre Dienstleistungen lassen Städte wie auch Kreisverwaltung den Bürger ordentlich zur Kasse. Hier einige Beispiele:

HEIRATEN

Liebe geht durch den Magen und manchmal auch durch den Geldbeutel. Die Zeremonie zu normalen Öffnungszeiten des Hamelner Standesamtes kostet wie überall 60 Mark. Wer allerdings freitags ab 13 Uhr „Ja“ sagen möchte, muss 100 Mark berappen, samstags sogar 150 Mark. Kosten für den Blumenschmuck (zehn Mark), das Familienbuch (je nach Ausfertigung 25 bis 75 Mark), jede Urkunde (zwei Mark) und jede Seite im Familienbuch (13 Mark) werden extra berechnet.

LOHNSTEUERKARTE

Kommt öfter vor, als man meint: Der Verlust der Lohnsteuerkarte. Wer eine Ersatzkarte benötigt, zahlt dafür an die Stadtverwaltung zehn Mark.

FÜHRERSCHEIN

Portemonnaie mit sämtlichen Pässen verloren? Die Lauferei kann nicht nur Nerven, sondern die Ersatzpapiere können auch richtig Geld kosten: Für einen neuen Führerschein verlangt die Kreisverwaltung 68,50 Mark. Außerdem muss ein Nachweis über den Verbleib der alten Fahrerlaubnis erbracht werden; wenn eine eidesstattliche Versicherung notwendig ist, kostet diese beim Straßenverkehrsamt zusätzlich 60 Mark. Wer seine herkömmliche Fahrerlaubnis in einen Kartenführerschein umtauschen lässt, muss dafür übrigens 47 Mark berappen.

GESUNDHEITSGEUGNIS

Wer in der Lebensmittelbranche tätig ist oder in der Medizin, kennt das: Ohne Gesundheitszeugnis geht's nicht. Erhältlich ist es beim Gesundheitsamt des

Landkreises – für sage und schreibe 92 Mark!

STUNDENLOHN

Sie benötigen familiengeschichtliche Auskünfte vom Stadtarchiv? Oder eine Genehmigung, um Hausanschlüsse verlegen zu dürfen? Hier wird die Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben. Sie beträgt je angefangene halbe Arbeitsstunde: bei Beamten des höheren Dienstes 63 Mark, Beamten des gehobenen Dienstes 64 Mark, Beamten des mittleren Dienstes 35 Mark, bei Arbeitern oder Hilfskräften 27 Mark. Im Übrigen: Wer selbst das Archiv benutzen möchte, zahlt für einen Tag 15 Mark, eine Woche 50 Mark und einen längeren Zeitraum bis zu 100 Mark.

FÜHRUNGSZEUGNIS

Wer sich sein straffreies Verhalten amtlich bestätigen lassen will, zahlt für ein Führungszeugnis 15 Mark an die Stadt.

FUNDWESEN

Wiedersehen macht Freude. Der Spaß kann einem aber vergehen, wenn man die Quittung für die eigene Unachtsamkeit bekommt: Neben Finderlohn wird eine Gebühr fällig: Bis zu einer Aufbewahrungsfrist der Fundsache von vier Wochen und einem Schätzwert bis zu 1000 Mark berechnet das Fundbüro zehn Prozent des geschätzten Wertes, ab der fünften Woche 15 Prozent. Beträgt der Schätzwert über 1000 Mark, werden innerhalb von vier Wochen fünf Prozent, ab der fünften Woche zehn Prozent fällig.

BAUANTRAG

Das Hauslebens kostet schon Geld, bevor die Bauaufsicht rückt: Der Bauantrag etwa für eine Kleingarage schlägt mit 153 Mark pro Kubikmeter zu Buche, für ein Einfamilienhaus sogar mit 186 Mark pro Kubikmeter.

PÄSSE

Der Reisepass ist abgelaufen, und in einem Monat soll's nach Asien, Amerika oder Afrika gehen? Ein vorläufiger Pass ist schnell besorgt – freilich nur gegen Gebühr: 25 Mark. Und wer seinen Personalausweis vor Ablauf verloren hat, ist schon mal mit zehn Mark dabei. Dasselbe kostet ein vorläufiger Ausweis. Den endgültigen gibt es dann für 15 Mark.

BEGLAUBIGUNGEN

Wer Unterschriften beglaubigen lassen möchte, zahlt jeweils zehn Mark. Beglaubigungen von Urkunden und Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland kosten 20 bis 60 Mark und die Ausstellung von Zeugnissen, Bescheinigungen und Ausweisen zehn bis 390 Mark.

HUNDESTEUERMARKE

Ein dankbarer Einnahmetopf der Stadt: Hundesteuermarken. Wird häufig verloren – der Ersatz kostet fünf Mark.

FISCHEREISCHEIN

Ein stilles, aber kein billiges Hobby: Für ihren Fischereischein müssen Angler 50 Mark an die Stadtverwaltung entrichten.

HINTERGRUND

Die drei Geld-Quellen

...und wer über Gebührenhöhe entscheidet

Hameln (böt). Während die Haushalte von Bund und Ländern überwiegend Steuerhaushalte sind, haben bei den Gemeinden neben Steuereinnahmen auch Gebühren und Beiträge eine große Bedeutung. Gebühren unterteilen sich dabei in Benutzungsgebühren (zum Beispiel Abwasser, Stra-

ßenreinigung), über deren Höhe die Kommune selbst entscheidet, Entgelte auf privatrechtlicher Basis (Hallenbad) und Verwaltungsgebühren (Pass, Ersatz der Lohnsteuerkarte). Die Höhe der Verwaltungsgebühren legen je nach Wirkungskreis Bund, Land oder Gemeinde fest.

DREHBUCH

Neben den Gebühren, die man etwa an der Freibadkasse direkt entrichten muss, hält die öffentliche Verwaltung noch eine ganze Menge anderer Kosten für die Wechselfälle des Lebens bereit: Ersatz-Lohnsteuerkarte, Gesundheitszeugnis, Beglaubigung, Aufbewahrung von Fundsachen etc. kosten Geld. Katja-Syka Böttcher hatte zunächst im Kollegenkreis gefragt, mit welchen Gebührenfällen man zu rechnen habe. Danach fragte sie die Verwaltung im Einzelnen „was kostet was?“. Die Leser fanden die Themenseite gut und nützlich, wohingegen einzelne Ämter eher anderer Ansicht waren.

INTERVIEW

Die Gebühr muss der Leistung entsprechen

Bernhard Zentgraf: „Kritisch hinterfragen“

Hameln (böt). Steuern, Beiträge, Gebühren – so mancher Bürger fühlt sich zum Goldesel der staatlichen Verwaltungen abgestempelt. Dewezet-Redakteurin Katja-Syka Böncher sprach mit Bernhard Zentgraf, Landesgeschäftsführer des Bundes der Steuerzahler.

Herr Zentgraf, welche Bedeutung haben kommunale Abgaben für die Gemeindehaushalte?

Zu den Kommunalabgaben zählen Steuern, Gebühren und Beiträge. Die Gemeinden können Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften erheben. Sie machen davon auch rege Gebrauch. Die von den Privathaushalten und Betrieben zu entrichtenden Abgaben stellen eine wesentliche Einnahmequelle dar. Gebühren wiederum werden erhoben für eine besondere Leistung und die Inanspruchnahme einer kommunalen Einrichtung.

Wie hat sich die Belastung der Bürger durch kommunale Abgaben in der Vergangenheit verändert?

Der vertretbare Umfang der Kosten ist bei Müll und Abwasser in niedersächsischen Kommunen vielfach überschritten. Innerhalb weniger Jahre haben sich mancherorts die Müllgebühren verdoppelt, teilweise verdreifacht. Die Nutzungsgebühren haben sich im Zusammenhang mit den Grundsteuern zu einer „zweiten Miete“ entwickelt. Das belastet Haushalte mit mehreren Kindern besonders stark.



Bernhard Zentgraf

Wie können Gemeinden die Gebühren möglichst niedrig halten?

Bei Müll-, Abwasser- und Straßenreinigung sowie auf den Friedhöfen müssen die Kommunen die Kosten stärker in Schach halten. Denn die Gebührenhöhe wird letztlich durch den Umfang der Kosten bestimmt. Kostenträchtige Anlagen können durch realistische und über Gemeindegrenzen hinaus gehende Konzepte besser ausgelastet werden. Daneben sollten die Betriebskosten mit Angeboten der Privatwirtschaft verglichen und gegebenenfalls Teilleistungen privatisiert werden. Bei Verwaltungsgebühren sollte genauer darauf geachtet werden, dass Amtshandlung und Gebührenhöhe im angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Es ist dem Verhältnis zwischen Bürger und Kommune äußerst abträglich, wenn der Bürger den Eindruck hat, er wird über Gebühr zur Kasse gebeten.

Über die Höhe vieler Gebühren können Gemein-

deräte eigenständig entscheiden. Besteht so nicht die Gefahr der Willkür?

Die Gefahr der ständigen Abgaberverschärfung ist in der Tat gegeben. Gerade angesichts der Finanzkrise in vielen Rat- und Kreishäusern. Ich kann den Bürgern nur empfehlen, drohende Abgabenerhöhungsbeschlüsse kritisch zu hinterfragen. Auch sollten gemeindliche Ausgaben- und Vorzeigeprojekte dahingehend hinterfragt werden, wie sich deren Folgekosten auf die Abgaben der Zukunft auswirken.

Wie kann sich der Bürger gegen Abgaben wehren?

Dem Bürger steht der Rechtsweg offen. Hält er einen Abgabenbescheid für falsch oder die Forderung insgesamt für unberechtigt, kann er innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheids Widerspruch einlegen. Wird dieser abschlägig beschieden, steht ihm die Klage vor dem Verwaltungsgericht offen. Nach unserer Kenntnis haben Widersprüche zugenommen.

Nehmen wir doch mal ein konkretes Beispiel: Wer seinen Führerschein verliert, wird für einen neuen mit 68,50 Mark zu Kasse gebeten. Ist eine eidesstattliche Versicherung erforderlich, verlangt das Straßenverkehrsamt nochmal 60 Mark. Stehen diese Kosten wirklich in Relation zur Leistung?

Eine interessante Frage. Ob hier ein rechtlich angreifbares Missverhältnis zwischen erhoelter Abgabe und der Leistung gegeben ist, kann erst eine Prüfung des konkreten Sachverhaltes ergeben. Im Übrigen sollten die Kommunen stärker in die Offensive gehen und den Bürgern die Kosten von Amtshandlungen nachvollziehbar erklären. Schließlich sieht das moderne Leitbild der Kommunen den Bürger doch zunehmend als Kunden.

Hundehaufen

Wenn Schnuffi abdrückt

Kommunen beklagen unappetitliche Tretminen, die sie nicht verhindern können, aber für die sie zahlen müssen

Von Hannelore Angermann

Schnuffi hebt das Bein - und läßt seinem Bedürfnis freien Lauf. Mitten auf Pirnaer Elbpromenade. Obschon unappetitlich, ist es noch das kleinere Übel. Das größere, in stinkenden Tretminen allgegenwärtig, kann man schon nicht mehr unter Ulk verbuchen. Denn es wird zu einem Kostenfaktor, der den Steuerzahler belastet. Tendenz steigend. Nicht nur Straßen und Wege, auch Spielplätze, Parks und Blumenrabatten sind betroffen.

Dreimal täglich ist die Norm

Hier „lösen“ sich, wie es fachmännisch heißt, die geliebten Vierbeiner besonders gern. Im Schnitt dreimal täglich, weiß Schnuffis Herrchen. Alle Kommunen haben damit ein Problem. Und fühlen sich nahezu ohnmächtig - trotz Verordnungen oder neuer Hundesatzungen. Die überdies oft in unverständlichem Fach-Chinesisch abgefaßt sind, wie unser Dohnaer Leser W. Fischer beklagt.

Hundehalter glauben offenbar, mit der Steuer hätte sich alles erledigt. Pustekuchen. Hundesteuer ist eine Luxussteuer und nicht zweckgebunden. Jeder Haufen kostet, so Statistiker, im Schnitt 25 Pfennig, im Monat 30 Mark, im Jahr 360 Mark. Das könnten selbst Steuer-Spitzenätze nicht abfangen. Denn Pirna verlangt zum Beispiel 100 Mark pro Jahr. 820 Bellos sind hier offiziell gemeldet. In den anderen Orten des Kreises liegen sie nur zwischen 40 und 80 Mark. Von Kostendeckung kann keine Rede sein. Pirnas Polizeiverordnung verlangt deshalb vom Hundehalter, daß das Tier seine Notdurft „nicht auf öffentlichen Straßen und Gehwegen, in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen verrichtet. Dennoch dort abgelegter Hundekot ist unverzüglich zu beseitigen“, heißt es in der Verordnung unmißverständlich.

Aber wer macht das schon? Die Ämter für Ordnungswesen und Grünflächen können ein Lied davon singen. „Ich sehe zwar auch mal Leute, die den Dreck wegräumen“, sagt Pirnas Sachgebietsleiterin

FAKTEN UND ZAHLEN

• Durch Hundesteuer wurden im Kreis im vorigen Jahr 431 984 Mark eingenommen. Das geht aus Angaben des sächsischen Landesamtes hervor. Auf jeden Bürger kamen damit 2,68 Mark. 1996 zahlten die Hundebesitzer 374 912 Mark. Das waren 2,35 Mark je Einwohner.

• Knapp 5 800 Hunde gibt es derzeit im Kreis, für die offiziell bezahlt wird. Die Dunkelziffer liegt nach Expertenrechnungen bei mindestens zehn Prozent.

• In Pirna hat jeder 48. Einwohner einen Hund, während im Kreisgebiet etwa jeder 16. Besitzer eines Vierbeiners ist.

• An Hundekot fallen im Kreis nach Schätzungen täglich 2,4 Tonnen an. Für die Beseitigung sind die Ordnungs- oder Grünflächenämter zuständig.

Grünflächen Sybille Neumann einschränkend. Starke Verschmutzungen mit Hundehaufen stellt das Amt aber regelmäßig auf der Schmiedestraße und in den Grünanlagen von der Grohmannstraße bis zum Klosterhof fest. Auch die Elbpromenade und die großen Spielplätze auf dem Sonnenstein seien in Mitleidenschaft gezogen. Das ist besonders bedenklich, weil durch Hundekot auch gefährliche Parasiten übertragen werden.

Lieber keinen Bückling machen

„Die Besitzer müssen begreifen, daß sie selbst und nicht etwa die Hunde die Schuldigen sind. Aber sie scheinen sich für diesen lästigen Bückling zu schämen“, meint der städtische Ordnungshüter Reiner Früh auf aus Bad Gottleuba. 160 Hunde sind im Kurort gemeldet. Tendenz wie überall steigend. Selbst die sechs Hundetoiletten, die 1993 angeschafft wurden, sind (fast) für die Katz. In Pirna gibt's elf, davon drei kaum benutzte in der Innenstadt. Die Kreisstadt blättert im Jahr allein

für Plastebeutel und Entleerungskosten satte 7 000 Mark hin. Und 13 000 Mark kostet bereits eine Hundetoilette inklusive Installation. Das wäre ja alles zu verschmerzen, würden sie wenigstens ihren Zweck erfüllen.

Sogar direkt neben Hundetoiletten wurden satte Haufen gesetzt, beklagt der Gottleubaer Lokalanzeiger in seiner Mainnummer. Und ruft die Bürger zur Hilfe auf, nach dem Motto „Haltet den Dieb“. Ob es nützt?

Ein Appell aus dem Sebnitzer „Grenzblatt“ vom Februar ist jedenfalls ungehört verhallt. Jeder sollte den Mut haben und zu dem stehen, was er gesehen hat. Nur so kann Abhilfe geschaffen werden“, hieß es dort. Ja, hat's denn jemand gesehen? Keiner, wenn man nach der Resonanz urteilt.

Da helfen nur Kontrollen. Denn nur, wer in flagranti erwischt wird, kann auch zur Kasse gebeten werden. „Bis zu 5 000 Mark müssen bei hartnäckigen Fällen berappt werden“, sagt Reiner Früh auf. Aber er hat noch nie solch einen Fall „vor die Platte“ gekriegt. Der Bürgermeister von Stolpen, Gernot Walter (CDU), hat zum Thema eine einleuchtende Theorie. „Wir sollten nicht beim Hund, sondern beim Menschen anfangen. Was läßt er nicht alles fallen! Zigarettenkippen, Unrat jeglicher Art.“

DREHBUCH

Die Hinterlassenschaften treuer Vierbeiner gehören zu jedem Stadtbild wie der Kirchturm und der Marktplatz. Hannelore Angermann von der Pirnaer Zeitung (Sächsische Zeitung) hat Zahlen und Fakten recherchiert: 25 Pfennig koste die Stadt ein Hundehaufen, diese Summe sei auch über die Hundesteuer nicht wieder reinzubekommen. Mittlerweile, so berichtet Hannelore Angermann, seien die Bußgelder kraft der neuen Polizeiverordnung angehoben worden. Kein Argument für die Hunde und ihre Halter: „Die Haufen sind immer noch da.“

9./10.5.1998

Sächsische Zeitung

KONTAKT

Hannelore Angermann, SÄCHSISCHE ZEITUNG, Schöffergasse 3, 01796 Pirna, Tel. 0 35 01 - 56 33 56-08

Wie viele Jobs schafft ein Einzelner?

Zweckverbände und Aufsichtsräte verlangen von Mitgliedern betriebswirtschaftliche Kompetenz / Dabei sein bringt Wissen und Macht

Von Monika Jäger

Minden (mt). Wie viel Fulltimejobs schafft ein Mensch? Kann ein Einzelner zwei 1000-Personen-Unternehmen parallel führen? Oder, konkret: Sollte ein Landrat Vorsitzender eines Klinikum-Zweckverbandes sein? Auch Politiker haben Jobs neben ihrem Ratsmandat. Was muß einer können, der in einen Aufsichtsrat oder in eine Zweckverbandsversammlung abgeordnet oder gewählt wird?

Nach der Kommunalwahl werden wieder Posten und Pöstchen verteilt. Zwar ist die Mitgliedschaft in einer der Eigengesellschaften, Zweckverbände und unselbstständigen Einrichtungen nicht immer lukrativ (Friedrich Schepers, Vorsitzender der Zweckverbandsversammlung Kliniken im Mühlenkreis teilte unlängst – vergnügt ob journalistischer Nachfrage – bereitwillig mit, pro Sitzung kassierten deren Mitglieder noch nicht einmal 30 Mark). Doch dabei sein bringt Prestige. Und Insider-Kenntnisse. Und Einfluß. Und Macht.

Zahlreiche Positionen

Zahlreich sind die Positionen, die durch Vertreter der Verwaltung oder des Parlaments zu besetzen sind. Mal nachgezählt: Über 20 Posten teilen sich als Verwaltungsvertreter Stadtdirektor Sieling, Städtischer Verwaltungsdirektor Fritz Tüting und verschiedene Fachbereichsleiter und Bereichsleiter. Rund 40 Posten hat die SPD, innerhalb der Partei die meisten Bürgermeister Siegfried Fleischer und Fraktionsvorsitzender Reinhard Kreil. Auf knapp 40 Posten kommt die CDU, die Bündnisgrünen können ebenso wie die MI knapp zehn Positionen besetzen.

Aber was müssen eigentlich Mitglieder von Aufsichtsräten alles

können? Und was bedeutet die Häufung von zum Teil recht verantwortungsvollen Ämtern für die Männer an der Spitze einer Verwaltung? Dr. Erwin Niermann war Hauptverwaltungsbeamter – sprich: Stadtdirektor – der Stadt Minden. Er erlebte lange Jahre selbst, wie zeitraubend und auch belastend die teils repräsentativen, teils administrativen Aufgaben sein können. Er zweifelt heute leise: „Der Hauptverwaltungsbeamte hat doch einen Hauptjob. Hat er da noch die Zeit, derart komplexe Unternehmen wie beispielsweise ein großes Krankenhaus verantwortlich zu leiten?“ Das möge noch angehen, wenn sich ein Krankenhaus in ruhigem Fahrwasser bewegt, doch wenn sich die Situation verschlechtert...

Doch nicht nur die Leitung obliegt oder oblag einem Hauptverwaltungsbeamten (im Wechsel die Chefs von Stadt und Kreis), sondern auch die Aufsicht über den 1000-Personen-Betrieb. Das heißt: Erwirken von Beschlüssen, Entscheidungen und deren Ausführung, Überblick über Finanzen, Personal, Entwicklung, Einkauf, Bauplanung und Marketing.

Die Zweckverbandsversammlung habe wie ein Rat einer Kommune zu wirken und sei letztlich für fast alles zuständig. „Kann eine solche Vollversammlung tatsächlich eine umfassende Entscheidungs- und Aufsichtsfunktion wahrnehmen?“ Schwierig werde da vor allem das dauernde Controlling des wirtschaftlichen Verlaufs angesichts der komplexen Struktur des Gesundheitswesens.

Er selbst habe so an die zwei Jahre gebraucht, bis er gewusst habe, wo der Hase langliefe, erklärt Niermann heute. Er erklärte sich erst nach langem Zögern bereit, in der Rückschau über seine persönlichen Erfahrungen zu sprechen.

Von im Prinzip ja ehrenamtlich tätigen Ratsmitgliedern wird vergleichsweise noch mehr gefordert: Ein Politiker benötigt pro Woche so um die 15 Stunden für die Arbeit in ein, zwei Ausschüssen und dem Rat der Stadt. In dieser Zahlenangabe sind sich Kommunalpolitiker in etwa einig. Dazu kommt dann noch der jeweilige „normale“ Beruf. Schon eine enorme Belastung, die sich mit weiteren Aufsichtsratspositionen noch verstärkt.

Selten einstimmig?

Krankenhausesetze und Sparkassengesetze – je nachdem –, Entwicklungen im Gesundheitswesen und ihre Auswirkungen auf lokale Gesundheitsversorgung, Lesen von Bilanzen, Personalrecht – die Liste wünschenswerter Kenntnisse und Fähigkeiten ist lang.

Und Mitglieder von Aufsichtsräten und Zweckverbänden sind längst nicht immer zufrieden mit dem, wie ihre Arbeit dort abläuft. „Ich habe mich längst aus der Arbeit im Krankenhaus-Zweckverband zurückgezogen. Das war mir alles viel zu unübersichtlich“, so ein Ex-Mitglied – das anonym bleiben will – zum MT. „Wenn wir im MVV-Aufsichtsrat was wissen wollen, müssen doch alle einstimmig die Offenlegung fordern. Da gibt es Ansatzpunkte genug für die Geschäftsführung, im Vorfeld auf Einzelne einzuwirken“, so ein anderer Ex-Aufsichtsratsangehöriger zum MT. Auch dieser Politiker möchte lieber ungenannt bleiben. Dabei sind die Aufgaben eines Aufsichtsrates klar definiert. Im Gesetz steht: „Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen.“

Die Arbeit in diesen Gremien wird honoriert – allerdings ganz unterschiedlich. „Spitzenverdiener“ sind die Mitglieder der Stadt-Töchter-Aufsichtsräte: So gibt's bei der MEW pauschal 310 Mark monatlich, bei der MVV monatlich

410 Mark. Bei der Sparkasse wird 400 Mark pro Nase und Sitzung gezahlt. Vorsitzende bekommen mehr. Diese Einkünfte behandeln die Parteimitglieder ganz unterschiedlich: Manche geben das Geld voll an die Fraktionskasse weiter, andere nur einen Teil. Das mag wohl auch der Grund dafür sein, dass viele Fraktionsmitglieder auf MT-Anfrage gar nicht genau die Summen nennen, die es als Aufwandsentschädigung so gibt. Immerhin hat sich auch der Rat schon mal mit der Abschaffung der hohen Aufwandsentschädigungen befasst – am 25. April 1996. Doch nur zwei kleinere Parteien – MI und Bündnisgrüne – unterstützten diese Idee seinerzeit.

Wie werden die Positionen besetzt? „Nach einer gewissen Sachkompetenz“, so SPD-Fraktionschef Reinhard Kreil. So sei für die MEW ein sachkundiger und nicht parteiangehöriger Bürger entsandt worden, der als Jurist die beste Draufsicht hätte. Was muss ein Mitglied können? „Gewisse wirtschaftliche Zusammenhänge erkennen und mit Zahlen umgehen.“

Auch die MI besetzt „nach Sachverstand“ – etwa den VHS-Zweckverband mit einem Lehrer. Angesichts der wenigen Fraktionsmitglieder musste da aber auch schon mal eine Arzt-Ehefrau als Sachverständige in die Krankenhaus-Zweckverbandsversammlung, schildert Harald Steinmetz. Auch die Grünen suchen sich die Mitglieder „mit der besten Kompetenz“. Allerdings, so Horst Ideberger: „Beim EMR-Aufsichtsrat braucht's keinen Strom-Fachmann.“ Man müsse doch eher die Leitlinien überwachen.

Ziel müsse langfristig sein, mehr Öffentlichkeit in die Aufsichtsrats-sitzungen und Zweckverbandsversammlungen zu kriegen. Doch daran, findet er, hapert's noch.

DREHBUCH

„Machtmenschen auf Machtpositionen“ lautet die kurze Begründung für das Streben nach Aufsichtsratsposten und das Bestreben, Namen und Jobs möglichst aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Monika Jäger hat ihre Recherche über die Pflichten und Segnungen durch Aufsichtsratsmandate nur mit Hilfe eines Insiders leisten können. Eine einfache Liste über Namen, Aufgaben und Gelder sei von den großen Ratsfraktionen nicht zu bekommen gewesen. In den wichtigen Aufsichtsräten erhielten die Politiker jenes Spezialwissen über Personen und Projekte, das ihnen für das Taktieren hinter den Kulissen einen großen Informationsvorsprung sichere, sagt Jäger. Schließlich gehe es auch um Geld, das in die private Kasse oder aufs Parteikonto fließe. Auf keinen Fall wollten sich Politiker der Diskussion aussetzen, ob sie für diese Entschädigung eine Leistung in angemessener Qualität erbringen, meint die Autorin. Immerhin hätten sie „insgesamt anerkennend“ auf die Berichterstattung reagiert, denn eigentlich werde ihre Arbeit doch zu wenig gewürdigt.

8.9.1999

Mindener Tageblatt

KONTAKT

Monika Jäger, MINDENER TAGEBLATT
Obermarktstraße 26-30, 32423 Minden, Tel. 05 71 - 88 21 48

▶ ▶ ▶

Von A wie in Aufsichtsrat bis Z wie in Zweckverband

Zahlreiche Positionen und Aufgaben sind nach der Kommunalwahl an Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung und Rat zu vergeben

Hintergrund

Was, bitte, ist ein Aufsichtsrat?

Was sind Aufsichtsrat und Zweckverband? Ein Blick ins Gesetzbuch: „Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen.“ Er kann die Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie die Vermögensgegenstände einsehen und prüfen. Zweckverbände sind Zusammenschlüsse zweier oder mehrerer Kommunen, mit denen sie ihre Aufgaben wahrnehmen. Das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit regelt Näheres. Organe eines Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung – in Aufgaben und Funktionen ähnlich dem Rat einer Gemeinde – und der Verbandsvorsteher. Die Verbandsversammlung tritt wenigstens zweimal jährlich, und zwar zur Beschlussfassung über die Haushaltssatzung sowie über die Rechnungslegung und die Entlastung des Verbandsvorstehers zusammen. Der Verbandsvorsteher ist immer ein Hauptverwaltungsbeamter einer der angehörigen Kommunen. Er führt die laufenden Geschäfte und die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er ist Dienstvorgesetzter der Dienstkräfte des Zweckverbandes. Die Verbandsversammlung allerdings ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers.

Minden (mob). Viele Positionen sind in Aufsichtsräten und Zweckverbänden zu vergeben. Hier sitzen Mitglieder der Verwaltung, gewählte Stadtverordnete und sachkundige Bürgerinnen und Bürger. Die meisten dieser Jobs stehen nach der Kommunalwahl zur Neubewertung an.

Klar werden im Überblick zwei Dinge: Die einflussreicheren Positionen sind mit den Vertretern der Spitzenämter in Politik und Verwaltung besetzt. Offenbar wissen die auch: Wissen ist Macht.

Zum zweiten zeigt sich: Vor allem die Verwaltungsleitung – Noch-Stadtdirektor Heinrich Siefling und Städtischer Verwaltungsdirektor Fritz Tüting – müssen qua Funktion eine Fülle von Posten besetzen. Hier der Überblick.

Nicht berücksichtigt sind überregionale Vertretungen Mindens, etwa im Städte- und Gemeindebund oder im Kulturreferat Gütersloh – in der Regel weitere Jobs für den Stadtdirektor.

● **Aufsichtsrat der Mindener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (MVV).** 13 ordentliche Mitglieder aus dem Parlament gehören ihm an. Stadtdirektor Heinrich Siefling und Städtischer Verwaltungsdirektor, Mindens Kämmerer Fritz Tüting haben beratende Funktion. Vertreten sind hier übrigens auch die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der CDU, Reinhard Kreil und Karl-Heinz Gérold.

● **Aufsichtsrat der Mindener Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (MEW):**

13 Mitglieder des Parlaments, Siefling und Tüting mit beratender Stimme.

● **Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kliniken im Mühlenkreis.** Stadtdirektor Siefling ist stellvertretender Verbandsvorsitzender, drei ordentliche Mitglieder des Gremiums rekrutieren sich aus der Stadt Minden.

● **Verbandsversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke:** 13 ordentliche Mitglieder aus dem Stadtparlament.

● **Verwaltungsrat der Sparkasse Minden-Lübbecke.** Vorsitz durch den Stadtdirektor der Stadt Minden, fünf ordentliche Mitglieder aus dem Parlament, darunter die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU und der 1. Stellvertreter CDU-Bürgermeister, Reinhard Korte.

● **Kreditausschuss der Sparkasse Minden-Lübbecke.** Mitglieder sind Bürgermeister Siegfried Fleissner und sein 1. Stellvertreter Korte.

● **Zweckverband Volkshochschule Minden (VHS):** 16 ordentliche Mitglieder aus dem Rat, ein Ratsmitglied im Beirat, vier Mitglieder im Ältestenrat.

● **Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft mbH (MHV).** Aufsichtsrat: ein Fachbereichsleiter der Stadt Minden. Gesellschaftsversammlung: ein Fachbereichsleiter als Vertreter der Stadt Minden.

● **Zweckverband Kommunales**

Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (KRZ). Verbandsversammlung: Tüting. Beirat: Ein Ratsmitglied. Verwaltungsrat: Tüting.

● **Kommunale Arbeitsgemeinschaft Ostwestfalen-Lippe.** Mitgliederversammlung: Bürgermeister Fleissner; Verwaltungsausschuss: Stadtdirektor Siefling.

● **Waldgenossenschaft am Wieden:** Geschäftsführung durch einen Fachbereichsleiter.

● **Wasserbeschaffungsverband Amt Hartum.** Vorstand: Bürgermeister Fleissner, ein Stadtverordneter; Verbandsversammlung: sechs ordentliche Mitglieder aus dem Parlament.

● **Wasserverband Weserniederung.** Vorstand: Ein städtischer Bereichsleiter; Verbandsversammlung: Ein Bereichsleiter und zwei Stadtverordnete als Mitglieder.

● **Stadthalle Minden GmbH.** Beirat: vier Vertreter der Fraktionen, Tüting als Mitglied der Verwaltung. Gesellschaftsversammlung: Tüting als Verwaltungsvertreter.

● **Gesellschaftsversammlung Mindener Parkhaus GmbH.** Ein Fachbereichsleiter als Vertreter der Stadtverwaltung.

● **Beirat für Finanzfragen im BÜZ des Trägers des Bürgerzentrums Johanniskirche:** vier Vertreter der Fraktionen, dazu Tüting als Vertreter der Verwaltung.



Den Sitzmarathon schafft kaum einer ohne Nickerchen

Bei drei Tagen Etatberatungen werden die Lider schwer – Elektronisches Spielzeug macht Beratung produktiv

Schwer wie Blei können Augenlider werden, wenn die Stadtratskollegen mit Millionen schussern. Etatberatungen sind nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine zutiefst menschliche Angelegenheit. Anzeiger-Fotograf Günter Distler lieferte in der vergangenen Woche den Beweis: Kein Mensch kann drei Tage lang (aus)sitzen, ohne mal einen Schnarcher zu tun.

Sehr zum Erstaunen des Publikums auf der Empore rüsst der eine oder die andere Volksvertreter(in) oder liest Zeitung, während vorne gestritten wird. Elektronisches Spielzeug wie Laptops, Handys oder Notebooks machen den Aufenthalt im großen Sitzungssaal dagegen produktiv. Man kann das Abendessen bestellen, Büroarbeit erledigen oder im Internet surfen. Diesmal sind die Diätenempfänger im Rathaus ganz auf Diät gesetzt worden. Das Vesperwunder gestrichen, Stadträte mit Schokoriegeln und Bonbons im Gepäck sind darum begehrt: Man ernährt sich ungesund in der Kommunalpolitik, das steht fest. Und nur die Raucher haben genug Bewegung. c.s.



Tatort Sitzungssaal: Wenn's ans Abstimmen geht, schrecken auch müde Krieger aus ihrem Bio-Tief hoch und heben brav die Hand.



DREHBUCH

Was Politiker bei längeren Sitzungen so alles treiben, wollte der Nürnberger Anzeiger seinen Lesern nicht vorenthalten. Also besuchte Fotograf Günter Distler eine der längeren Sitzungen mit dem Auftrag, die schlafenden, zeitunglesenden, tuschelnden oder computerspielenden Politiker abzulichten. Die müden Helden nahmen die großformatige Enthüllungsgeschichte mit stoischer Ruhe auf.

1.12.1999

NÜRNBERGER
ANZEIGER

KONTAKT

Claudia Stauber, NÜRNBERGER ANZEIGER
Marienstraße 9-11, 90327 Nürnberg, Tel. 09 11 - 2 16 24 45

+49 8046 188929

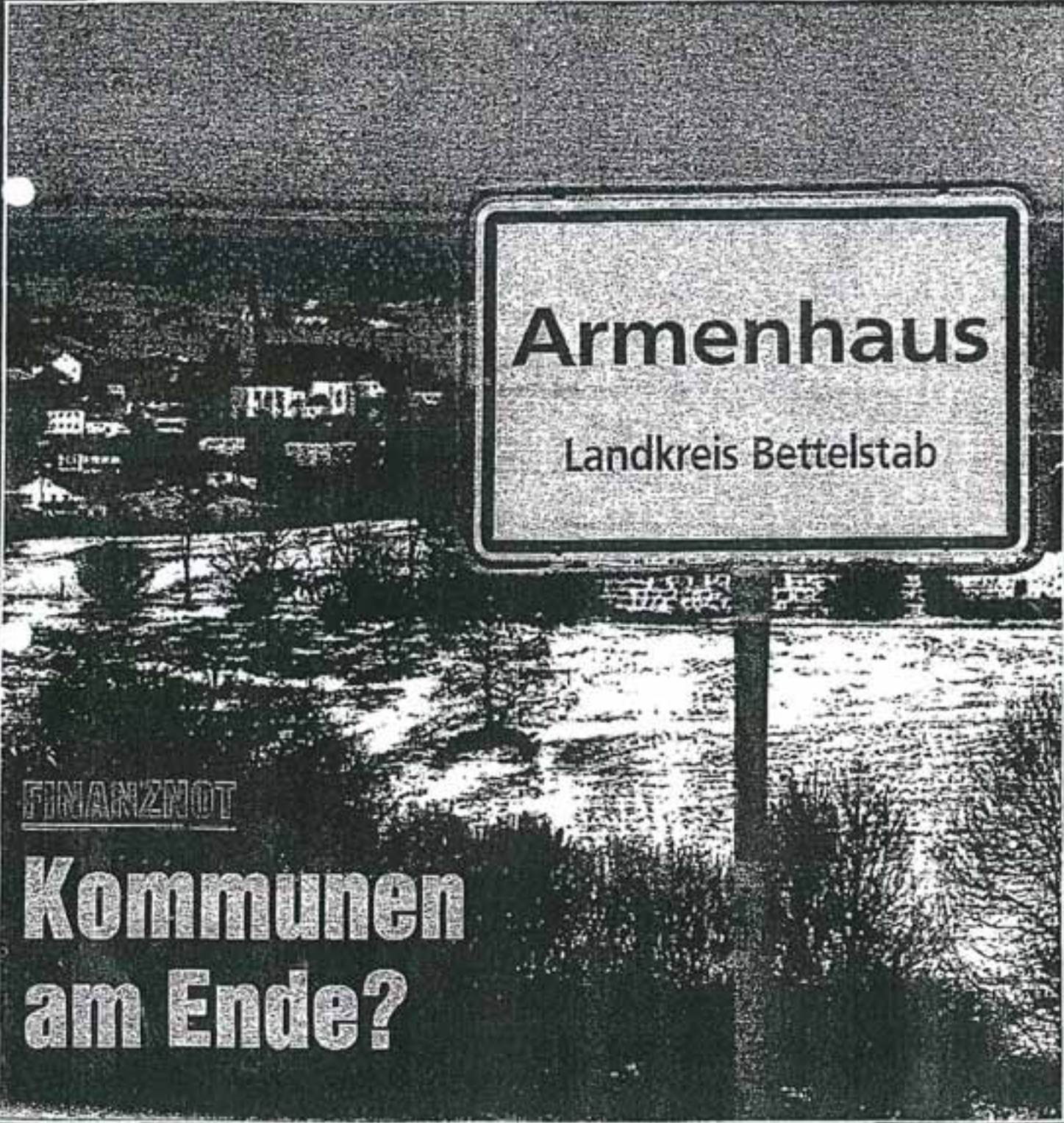
der gemeinderat

Nr. 1/46. Jahrgang

Januar 2003

E 6845

Unabhängiges Magazin für Mandatsträger und kommunale Entscheider



Armenhaus

Landkreis Bettelstab

FINANZNOT

**Kommunen
am Ende?**

Gebäudewirtschaft: Potenziale bleiben ungenutzt

Ein Bündel von Ursachen

Das Gemeindefinanzierungssystem weist seit vielen Jahren diverse Fehlentwicklungen auf, die sich nachteilig auf die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden auswirken. Wo die Probleme im Einzelnen liegen, stellt dieser Beitrag dar.

Die zum Teil dramatischen kommunalen Einnahmeausfälle der letzten Zeit haben ein ganzes Bündel von Ursachen. Hauptproblem ist der Status der Kommunen in der Bundesrepublik. Sie haben zwar eine eigenständige und relativ starke Stellung im Verwaltungsaufbau, sind aber staatsorganisationsrechtlich „nicht existent“. Das Grundgesetz kennt Kommunen (Artikel 28 Abs. 2 GG) und sichert diesen auch das (einschränkbare) Recht auf Selbstverwaltung zu. In- des sind sie organisatorischer Bestandteil der Länder und insbesondere aus finanzverfassungsrechtlicher Sicht von den Ländern, aber auch vom

Bund abhängig, da das Gesetzgebungsrecht allein bei jenen liegt (Art. 105 GG).

Originäre Gesetzgebungsbefugnisse über Steuern, Zölle oder Finanzmonopole haben die Kommunen somit nicht. Deshalb können der Bundes- oder die Landesgesetzgeber rechtlich und faktisch „über die Köpfe der Kommunen

hinweg“ Gesetze erlassen, selbst wenn der Ertrag aus Abgaben ausschließlich oder wesentlich den Kommunen zusteht (zum Beispiel Gewerbesteuern).

Dieser negative Befund wird auch nicht durch die Regelung kompensiert oder entschärft, dass solche Bundessteuergesetze, deren Aufkommen ganz oder zum Teil Ländern oder Kommunen zufließen, der Zustimmungspflicht des Bundesrates unterliegen. Denn insbesondere bei Gemeinschaftssteuern (Körperschafts-, Einkommen-

und Umsatzsteuer; Art. 106 Abs. 3 S. 1 GG) aber auch bei anderen Steuerarten werden die Länder vorrangig ein Eigeninteresse im Bundesrat verfolgen und ein nur geringes oder kein Interesse haben. Kommunen freiwillig oder großzügig in die Steuer- verteilung mit einzubeziehen. Hieran wird die Notwendigkeit einer institutionellen Beteiligung der Kommunen an Bundes- oder Landesent- scheidungen und -gesetzen deutlich.

Gemeindefinanzierung

Die Gemeindefinanzierung ruht auf mehreren Säulen, die allerdings teilweise nicht tragfähig sind, wie die Betrachtung der einzelnen Elemente des Finanz-

zierungssystems zeigt.

Seit 1994 haben Kommunen durch den ergänzten Grundgesetz-Artikel 28 (Abs. 2 Satz 3) ein eigenständiges Hebesatzrecht bezogen auf eine wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

Diese Neuregelung sollte die finanzielle Eigenverantwortlichkeit von Kommunen betonen. Tatsächlich hat sich das Hebesatzrecht (bezogen auf die Gewerbesteuer) als ein wenig wirksames Mittel erwiesen, die Kommunen finanzi-

Finanzverfassungsrechtlich sind die Kommunen von den Ländern und vom Bund abhängig – eine Konstellation, die Probleme mit sich bringt.

Foto: Bild Deutschland GmbH

all eigenverantwortlich wirtschaften zu lassen. Denn die Abhängigkeit von sonstigen Bundes- oder Landessteuern und weiteren Zuweisungen wurde durch die Neuregelung nicht gemindert.

Wichtigste kommunale Steuerquelle und zentraler Gegenstand der derzeitigen Reformdebatte ist die Gewerbesteuer. Sie ist als Einnahmequelle dreifach problematisch: Das Gewerbesteuergesetz ist ein Bundesgesetz, obgleich das Steueraufkommen – zunächst (!) – allein den Kommunen zusteht (Art. 106 Abs. 6 GG) und sie hierauf selbst Hebesätze festlegen können. Während sich die Gewerbesteuer ursprünglich aus drei Teilelementen zusammensetzte (Gewerbeertrag, Gewerkekapi tal und Lohnsumme), ist sie seit 1998 nur noch eine „Gewerbeertragssteuer“. Sie ist somit stark konjunkturabhängig und erfasst – wegen zwischenzeitlich erfolgter weiterer Eingriffe des Bundesgesetzgebers – nur noch Unternehmen einer bestimmten Größenordnung.

Problembehaftete Gewerbesteuer

Weitere Probleme brachte das Steuer-senkungsgesetz 2000: Seither können Personenunternehmen und Mitunternehmer eine Steuerermäßigung auf die Einkommensteuer in Anspruch nehmen, indem die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer angerechnet wird (so genanntes Anrechnungsverfahren). Daraus folgt für die Kommunen wiederum ein verminderter Anteil an den Einkommensteuern (Steuerverbund), da für diese Zuweisung die Einkommensteuerleistung der Gemeindegewohner ausschlaggebend ist (Art. 106 Abs. 5 GG). Das Anrechnungsverfahren mindert die Einkommensteuerleistung und somit den Gemeindeanteil an dieser Steuer.

Die bedeutsamste kommunale Einnahme, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, wurde im Gegenzug zur Gewerbesteuerumlage eingeführt. Die Einkommensteuer ist unabhängiger von der konjunkturellen Entwicklung als die Gewerbe- oder etwa die Körperschaftsteuer und hat eine stetige Einnahmezielung gesichert.

Mit Mängeln behaftet ist dieser wichtige Gemeindeanteil an der Einkommensteuer dennoch in mehrfacher Hinsicht: Er leidet zunächst darunter, dass der Ertrag an der Einkommensteuer auch für nicht-fiskalische Zwecke (zum Beispiel Steuer-senkung als gesamtstaatlicher Antrieb für Konsum und somit für Konjunktur und Wachstum) verwendet wird. Die Kommunen sind folglich stark von den Ergebnissen der Gesetzgebung des Bundes abhängig. Darüber hinaus erhielten Kommunen bislang kein Hebesatzrecht auf diese Steuer, obgleich das Grundgesetz eine derartige Ermächtigung in Artikel 106 Abs. 5 Satz 3 vor-

sieht. Kommunen können lediglich versuchen, einkommensteuerstarke Steuerzahler anzulocken oder durch sonstige Fördermaßnahmen das Einkommensniveau zu heben.

Nachteilig wirkt sich ferner das bei der Einkommensteuer geltende Wohnsitzprinzip aus, wonach der Steuerschuldner an seinem Wohnsitz veranlagt wird. Denn Kommunen mit einem hohen Arbeitsplatzanteil („Arbeitskommune“) und hieraus folgenden hohen infrastrukturellen Investitions- oder Erhaltungsaufwendungen sind benachteiligt gegenüber solchen Kommunen, in denen die steuerkräftigen Steuerzahler lediglich wohnen („Wohnsitzkommune“). Angesichts der wegbrechenden Gewerbesteuer-einnahmen bietet der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer keinen äquivalenten Ersatz.

Da allein die Zahl der steuerpflichtigen Gemeindegewohner bei der Berechnung des Gemeindeanteils berücksichtigt wird, sind Gemeinden mit einem hohen Anteil nicht steuerpflichtiger Personen (etwa Kinder und Jugendliche, Erwerbslose) benachteiligt, obgleich diese Gemeinden nicht minder hohe Aufwendungen für die Erhaltung der Infrastruktur haben.

Die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder gibt es seit 1969 als Pendant zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Bund und Ländern flossen somit – schwankende – gemeindliche (Gewerbesteuer-) Einnahmen zu, wogegen die Kommunen von den – gleichmäÙigeren – Einkommensteuern profitieren konnten.

Aufgebürdete Lasten

Zum Nachteil der Kommunen wurde diese Umlage seit 1991 (letztmalig im Jahr 2000) schrittweise angehoben, um die Gemeinden an der Tilgung der Lasten aus dem „Fonds Deutsche Einheit“ und dem „Solidarpakt“ zu beteiligen. Erschwerend tritt hinzu, dass die Umlagesätze angehoben wurden, ohne dass sich zugleich die Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer selbst erhöhten beziehungsweise zumindest auf dem gleichen Stand blieben. Auf die Festlegung der Umlagesätze haben die Kommunen keinen Einfluss.

Mit dem „Tausch“ der Gewerkekapi talsteuer gegen den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer hat sich diese Steuerquelle als allgemein stabilisierend entwickelt. Die Kommunen erhalten 2,2 Prozent des Gesamtaufkommens. Gleichwohl hängt auch dieser Anteil von der konjunkturellen Entwicklung ab. Sinkt der Verbrauch, so verringern sich im gleichen Verhältnis die Einnahmen aus der Umsatzsteuer als wesentliche Verbrauchssteuer. Die Grundsteuer steht den Kommunen in vollem Umfang



Die Gemeindefinanzierung ruht auf mehreren Säulen, die teilweise nicht tragfähig genug sind.

Foto: Kollmann/Kollmann

zu, hat jedoch auf grund ihres geringen Aufkommens nur eine ergänzende Funktion. Dennoch ist sie eine stetige Einnahmequelle auf niedrigem Niveau.

Die Kommunen sind inzwischen wegen einer Verrechnung von Lohn- und Einkommensteuern gezwungen, die Zahlung des Kindergeldes mitzufinanzieren. Außerdem kommen ab 2003 auf die Kommunen Lasten aus dem so genannten Grundsicherungsgesetz (GSiG) zu. Die hier aufgeführten Fehlentwicklungen im Gemeindefinanzierungssystem betreffen grundsätzlich alle Kommunen. Am heftigsten sind bei wegbrechenden Gewerbesteuern aber Städte und Gemeinden mit einem hohen Gewerbesteueranteil und/oder schwacher Einkommens- und Bevölkerungsstruktur betroffen. Die Aufgabenüberfrachtung der Kommunen unter Missachtung des Konnexitätsprinzips, fehlende Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen im – sie betreffenden – Gesetzgebungsprozess, die Nichtausnutzung verfassungsrechtlicher Möglichkeiten (Hebesatz auf Einkommensteuer), isolierte und somit steuersystematisch fehlerbehaftete Entlastungsmöglichkeiten einzelner Steuersubjekte sind Beispiele für ein erodierendes und fast undurchsichtiges Steuersystem, das sich zunehmend nachteilig auf die finanzielle Situation Kommunen auswirkt.

Oliver Klein

Oliver Klein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam.

0331 (9770